



# ANALYSE DER WAHLPROGRAMME FÜR DIE EUROPAWAHLEN 2019

**Karl Aiginger, Heinz Handler, Ruth Kreuz: PCC Policy Paper <sup>1</sup>**

## 1. ZIEL UND AUFBAU DER ANALYSE

Das Ziel dieser Kurzstudie ist es, die Programme der Wahlwerber für die Europawahlen Ende Mai zu analysieren. Das neue Parlament, die neue Kommission und der neue Rat müssen die Strategie Europas in einer stark veränderten politischen und gesellschaftlich Landschaft neu definieren.

Das veränderte Umfeld ist einerseits vom Rückzug der USA aus dem Multilateralismus und der Unberechenbarkeit ihrer derzeitigen Administration geprägt. Andererseits prescht China in die Führungsrolle in Wirtschaft und Technologie vor und will wieder die "Mitte der Welt" werden. Eine neue Situation entsteht auch durch den Versuch von Nachbarn Europas wie beispielsweise Russland und der Türkei, ihre alte Stärke zurückzugewinnen und damit die Friedensbemühungen und Beitrittsperspektive des Westbalkans zu unterlaufen. Außerdem "erwacht" Afrika und wird zu einem Wachstumskontinent mit schon heute sprunghaftem Anstieg der Bevölkerung.

Europa ist intern zwischen den bisherigen Proeuropäische Parteien und populistischen Gruppierungen gespalten. Es ist auch gelähmt durch strukturelle Probleme und durch Steuerungsmechanismen ("Governance"), die weder für potentiell 30 Mitglieder noch als Akteur in der Globalisierung optimal erscheinen. Differenzen zwischen Nord und Süd, sowie West und Ost brechen immer wieder auf. Aber es gewinnen auch neue Akteure an Bedeutung und eine Jugend, die als "Millennials" proeuropäisch ist, diese suchen mit steigendem Selbstbewusstsein ihren Platz in der Gesellschaft.

Die Analyse baut auf mehreren Studien auf:

- der Studie des ECFR über Gefahren, Schwerpunkte der Populisten und Folgen möglicher Mandatsgewinne, sowie Gegenstrategien;
- der Adelphi-Studie mit Schwerpunkt der Positionen von Parteien zu Umweltfragen;
- der Bertelsmann-Studie über zuversichtliche Bürger versus Wütende und Ängstliche;
- der Studie der Querdenkerplattform über Populismus (wirtschaftliche und kulturelle Ursachen, Kosten der Veränderung und Unsicherheit durch Globalisierung, technischen Wandel und Deindustrialisierung);
- den Analysen dieses Think Tanks über eine verantwortungsbewusste Globalisierung, Bildung als europäisches Asset in der Partnerschaft mit Afrika sowie neuer europäischer Führungsstrukturen, die globale Probleme gemeinsam aber mit stark dezentralen Innovationen zu lösen versuchen.

---

<sup>1</sup> Die Querdenkerplattform dankt Fritz Breuss, Dagmar Guttmann, Rainer Brunauer, Anna Kanduth, Vanessa Koch, Nina Nening, Alina Pohl, Maximilian Schett für Beiträge, Assistenz und Kritik.



## 2. AUSGANGSLAGE, PROGNOSEN, BÜNDNISSE

Die Analyse ist dadurch erschwert, dass noch nicht alle wahlwerbenden Gruppierungen endgültige Programme vorgelegt haben und es in vielen Fällen neben den Programmen der europäischen Parteien mehrere länderspezifische Europaprogramme gibt. Außerdem sind die Fraktions- oder Blockbildungen instabil, es gibt Konflikte innerhalb der Blöcke, neue Sammelbewegungen aber auch Austritts- bzw. Ausschlussbewegungen.

Generell wird für die Europawahlen mit einer deutlichen Stärkung des populistischen Lagers gerechnet. Es besteht die Möglichkeit, dass es ein Drittel der Parlamentsmandate erhält und so künftig den europäischen Kurs noch stärker mitbestimmen kann. Bereits mit einer kleineren Anzahl von Mandaten können die Populisten Institutionen lähmen und Reformen verhindern. Lega Chef Matteo Salvini hat Anfang April mit der Bildung einer deutsch-italienisch-französischen Achse – unterstützt von mehreren Parteien in kleineren Ländern<sup>2</sup> – sogar den Führungsanspruch in Europa für eine "Europäischen Allianz der Völker und Nationen" (EAVN) erhoben. Die Spitzenkandidaten der bisher stärksten europäischen Parteien (Volksparteien und Sozialdemokraten) stehen bereits fest, die ALDE<sup>3</sup> hat ein "Campaign-Team" bestellt und die Grünen haben eine Doppelführung gewählt.

Wir analysieren im Abschnitt 3 die existierenden Programme der einzelnen Parteien nach Fraktionen. Im Abschnitt 4 werden die Vorschläge analysiert nach jenen Sachgebieten, in denen es große Unterschiede zwischen Populisten und Proeuropäische Parteien gibt, wobei Ziele, Strategielinien und Maßnahmen in Tabellenform dargestellt werden. In der Zusammenfassung werden unterbelichtete Themen und gemeinsame Vorschläge erörtert.

## 3. DIE PROGRAMME DER FRAKTIONEN (UND PARTEIEN)

Analysiert wurden die vorliegenden Programme der Fraktion der europäischen Volksparteien (EVP), der progressiven Allianz der Sozialdemokraten (PES), der Fraktion der Grünen (Grüne/Europäische Freie Allianz), der ALDE (NEOS, En Marche, FDP) und der drei populistischen Fraktionen im Europaparlament. Bezüglich ALDE ist anzunehmen, dass En Marche und NEOS mitwirken, für die populistischen Parteien wird auf AfD, Lega Nord, FPÖ und die polnischen PIS eingegangen. Für eine Allianz der Völker und Nationen (AEPN) liegen bei Abfassung der Studie nur grobe Richtungserklärungen vor und keine verbindliche Information über Mitglieder.

### 3.1 Fraktion der Europäischen Volksparteien EVP

Die **Europäische Volkspartei (EVP)** hat sich zum Ziel gesetzt, Europa zu einem stärkeren Akteur in der Weltpolitik zu machen und damit "westliche" Werte in der Globalisierung voranzutreiben. Mit der Reihung des Zieles Sicherheit vor Frieden und Wohlstand lässt das EVP-Programm ein Eingehen auf populistische Prioritäten erkennen. Zentrale Strategielinien sind eine schnellere Entscheidungsfindung und die Stärkung europäischer Institutionen. Die EVP fordert unter anderem einen aufgewerteten Wirtschaftskommissar, einen Europäischen Währungsfonds und einen verbesserten EU-Haushalt. Ein gemeinsamer Finanzminister wird explizit abgelehnt, weil dies die EU spalten würde – besonders wenn er ausschließlich für die

---

<sup>2</sup> PVV (niederländische Freiheitspartei), FPÖ, Schwedendemokraten, Wahre Finnen, Dänische Volkspartei.

<sup>3</sup> Die ALDE verzichtet auf einen Spitzenkandidaten und hat ein Campaign Team, in dem Guy Verhofstadt der prominenteste Name ist (bisher keine Österreicherin oder Österreicher im Team); Mitglieder noch ohne En Marche; <https://teameurope.eu/who-we-are/>.



Eurozone zuständig wäre. Der gegebene Finanzrahmen im Ausmaß von 1,26 % der Wirtschaftsleistung solle ausgeschöpft werden (derzeit liegen die Ausgaben bei 0,99 % des EU-BIP).

Die Regionalpolitik soll stärker koordiniert und an Bedingungen geknüpft werden. Die "Konditionalität" würde die Einhaltung europäischer Ziele, wohl inklusive Solidarität in der Migrationsfrage und Erfüllung von Direktiven und Rechtsstaatlichkeit betreffen.

Im Bereich Entwicklungszusammenarbeit wird ein Marshallplan mit Afrika erwähnt. Es wird betont, dass Europa die Hälfte der weltweiten Entwicklungshilfe leistet. Dass fast kein europäisches Land das Ziel, 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe aufzuwenden, erreicht, bleibt hingegen unerwähnt. Es werden auch keine Details zur Neugestaltung der Hilfen genannt. Dies wäre allerdings wichtig, denn die bestehende Entwicklungshilfe kann eher als eine Exportförderung für europäische Produkte gesehen werden. Die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit werden weder in Relation zu den hohen Agrarsubventionen noch zur Begünstigung von illegalem Kapitalexpert aus undemokratischen Regimen durch europäische Banken oder europäischen Waffenlieferungen gestellt.

Die EVP schlägt keine neuen Steuern zur Finanzierung europäischer Ausgaben vor. Aber auch eine Deckelung oder Senkung der hohen europäischen Abgabenquote ist in ihrem Programm nicht erwähnt.

Es wird vorgesehen, die Agrarsubventionen mehr auf Arbeitsplätze, Gesundheit und ländliche Gebiete zu fokussieren. Umweltinvestitionen spielen in den Forderungen der Konservativen zwar eine wichtige Rolle, werden aber mit dem Hinweis auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit relativiert.

Humanitäre Hilfe ist aus Sicht der EVP eine rechtliche Verpflichtung, die Zahl von Flüchtlingen solle jedoch klein gehalten werden. Zuwanderung als Faktor für die Verbesserung der Lebensqualität, etwa durch den Ausgleich des demografischen Wandels und zur Abschwächung des Fachkräftemangels, wird nicht behandelt. Es brauche jedenfalls einheitliche Standards im Asylwesen, hingegen wird eine Verteilung von Migration auf das gesamte Gebiet der EU nach Wirtschaftskraft oder Schrumpfung der Bevölkerung nicht vorgeschlagen.

*Kritik:* Das Programm ist staatsmännisch, pro-europäisch und verantwortungsbewusst, aber nicht mitreißend und motivierend. Es spiegelt die Prioritäten der deutschen Wirtschaftspolitik wider. Der Umwelt wird bei weitem nicht genügend Bedeutung eingeräumt. Es wird keine Vorreiterrolle bei Klimaschutz und dem Ausstieg aus fossilen Energieträgern und ihrer Subventionierung gefordert. Ebenfalls nicht angesprochen werden Effizienzsteigerungen der 28 nationalen Militärsysteme, härtere Sanktionen für Korruption und Rechtsverletzungen sowie die Höhe der Agrarsubventionen und ihr Schaden für die Landwirtschaft in Afrika.

### 3.2 Die Fraktion der progressiven Allianz der Sozialdemokraten

Die **Sozialdemokratischen Parteien Europas**<sup>4</sup> (**S&D Fraktion**) fordern einen neuen Sozialvertrag für Europa, damit die Gemeinschaft ihren Menschen besser dienen kann.

Europa müsse Ungerechtigkeiten überwinden und für Steuergerechtigkeit kämpfen.

Die Bekämpfung des Klimawandels, die Nutzung der digitalen Revolution und die Transformation der Landwirtschaft sind weitere Ziele.

Die Sozialdemokraten fordern einen politischen Führungs- und Richtungswechsel: neoliberale und konservative Modelle der Vergangenheit seien hinter sich zu lassen.

---

<sup>4</sup> PES Manifesto 2019, die Fraktion heißt Progressive Allianz der Sozialdemokraten S&D Fraktion.



Es werden starke soziale Schutzsysteme, hochwertige öffentliche Dienstleistungen und eine Europäische Arbeitsbehörde, die in der gesamten EU gegen Sozialdumping kämpft und eine gerechte Arbeitskräftemobilität sicherstellt, angestrebt. Ein sozialer Aktionsplan soll die europäische Säule sozialer Rechte in verbindliche Regelungen umwandeln.

Europa kann von einem gut verwalteten, regulierten und gerechten Migrationsystem, das die Zuwanderung besser steuert und allen Europäerinnen und Europäern Sicherheit garantiert, profitieren. Es kann helfen, die Wirtschaft zu stärken, neue Arbeitsplätze zu schaffen und das Sozialsystem zu stärken.

Die Kontrolle der Grenzen wird ebenso erwähnt wie die Notwendigkeit, sichere und legale Fluchtwege zu eröffnen. Auf die Grundursachen der Migration sei einzugehen, eine neue Partnerschaft mit Afrika inklusive eines umfangreichen europäischen Investitionsplans für Afrika sei notwendig. Zusammenfassend kämpfen die sozialdemokratischen Parteien Europas "für die Seele Europas und für unsere gemeinsame Zukunft".

Die Sozialdemokraten in Deutschland und Österreich fordern von Europa mehr Verantwortung in der Globalisierung und im Klimaschutz. Sie sehen ein Demokratiedefizit durch gegenwärtige Strukturen und wollen Grundrechten wieder Vorrang gegenüber Konzernrechten geben. Das Reformtempo soll etwa durch die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in Steuerfragen erhöht werden. Zu den Umsetzungsmaßnahmen zählen eine Steuer auf Finanztransaktionen, Mindestlöhne, die Reform der Agrarsubventionen sowie raschere Sanktionen für Mitgliedsstaaten, die demokratische Prinzipien verletzen.

*Kritik:* Die Position der Sozialdemokraten ist proeuropäisch, und soziale Herausforderungen werden zum zentralen Thema gemacht, ohne andere Themen zu vernachlässigen. In der Vergangenheit waren es jedoch gerade Gewerkschaften, die gegen einen Sozialpakt oder eine einheitliche europäische Sozialpolitik argumentiert haben, da sie den Verlust der Tarifautonomie und eingeschränkte Verhandlungsmöglichkeiten auf nationaler Ebene ebenso fürchteten wie die mögliche Korrektur von Sozialleistungen nach unten im Falle der Vereinheitlichung.

Das Programm der Sozialdemokratie enthält weder Steuersenkungen noch eine Deckelung der Abgabenquote. Die Problematik subventionierter Überschussproduktion wird nicht angesprochen. Die vorgeschlagenen Investitionsprogramme für südliche und östliche Länder bleiben vage und der Vorschlag, die Finanztransaktionsteuer nach französischem Vorbild mit der Besteuerung von Aktienkäufen anzustoßen, wird nicht als Fehler erkannt: dies würde keine Spekulationssteuer darstellen, sondern hauptsächlich die Realwirtschaft belasten.

### 3.3 Die Fraktion der Grünen/Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA)

Die Grundforderungen der **Grünen**<sup>5</sup> betreffen die Ökologisierung des Wirtschaftssystems, nachhaltige Arbeitsplätze, Steuergerechtigkeit und generationenübergreifende Gerechtigkeit. Dafür werden eine Sozialunion, Mindesteinkommen und ein Ende der Sparpolitik gefordert. Fossile Brennstoffe sollen durch CO<sub>2</sub>-Mindestpreise, die Besteuerung von Kerosin und Alternativen zum Flugverkehr zurückgedrängt werden. Innovationen in regionalen Sektoren sollen nachhaltige und biologische Landwirtschaft, Fischerei und ländliche Entwicklung vorantreiben und zu einer umfassenderen Regionalpolitik führen. Die CO<sub>2</sub>-intensiven fossilen Brennstoffe werden auf Dauer verschwinden. Die EU muss diese Änderungen vorwegnehmen und eine ehrgeizige Energiepolitik im Einklang mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen schaffen. Zu diesem Zweck unterstützen die Grünen die Erforschung der erneuerbaren Energien in den Regionen Europas. In Umweltfragen wird kein Land allein in der Lage sein, Krisen zu vermeiden und zu bewältigen.

---

<sup>5</sup> Fraktion der Grünen/ Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA).



Die bedingungslose Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte ist eine zentrale politische Forderung. Darüber hinaus treten die Grünen für umfassende Reformen der EU ein, um das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu sichern. Es geht dabei vor allem um die Anliegen von Minderheiten innerhalb der etablierten Mitgliedstaaten, also etwa um die Katalanen und die Schotten, um deren Probleme sich das Europäische Parlament in Zukunft besonders kümmern müsse. Es geht dabei um sprachliche und kulturelle Vielfalt, um Dezentralisierung, Erweiterung regionaler oder föderaler Macht, den Ruf nach Autonomie oder die Erzielung der Unabhängigkeit durch ein Referendum. Zur Gewährleistung der sprachlichen Vielfalt und Gerechtigkeit werden spezifische europäische Programme mit dem Ziel der Gleichberechtigung aller europäischen Sprachen gefordert. Ein vielfältiges und vereintes Europa muss nationale und regionale Identität mit der europäischen Identität verbinden, wobei das Konzept der nationalen Identität allmählich zu erneuern ist. In Europa muss ein Gefühl für die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft mit einem gemeinsamen Schicksal geschaffen werden. Dann können auch Migranten und Flüchtlinge ohne besondere Friktionen integriert werden. Letztlich will die EFA ein Europa, das die Gleichwertigkeit und Universalität aller Völker und auch ihre unterschiedlichen Identitäten anerkennt.

Bei der Migration wird Solidarität mit den Ländern und Regionen an den EU-Grenzen gefordert, die ganz besonders von der Ankunft von Menschen außerhalb der EU betroffen sind. Jeder Mitgliedstaat soll sich an den integrativen Strategien für Migranten beteiligen.

Die Grünen befürworten eine europäische soziale Säule, die gleiche Chancen und Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Arbeitsbedingungen sowie sozialen Schutz und Inklusion gewährleistet. Um soziale Unsicherheit und wachsende Ungleichheiten zu bekämpfen, sollen lokale Gemeinschaften mehr Rechte und Chancen bei der Wahl ihres Entwicklungsmodells erhalten. Weiters unterstützt die EFA die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen durch Stärkung der Gesetzgebung zur Gleichberechtigung, die Gewährleistung individueller Rechte auf Sozialschutz und Steuergerechtigkeit, das Ende ungleicher Entlohnung und von Rentenlücken, Bereitstellung von Sozialhilfe, Elternurlaub und Kinderbetreuung.

Die Organe der EU sollen einander ergänzen und wechselseitig unterstützen. Dem Europäischen Parlament kommt darin das Recht zu, neue Gesetzesvorhaben zu initiieren, die Rolle des Rates im Gesetzgebungsprozess muss transparent sein, der Präsident der Kommission muss demokratisch gewählt werden. Die EFA unterstützt Bürgerinitiativen, wie sie der Vertrag von Lissabon vorsieht. Damit sollen demokratische Defizite im europäischen Entscheidungsprozess verringert werden.

Für die deutschen Grünen geht es bei der Europawahl 2019 speziell darum, ob Europa in den Nationalismus zurückfällt, oder ob sich die EU gerechter, ökologischer und demokratischer neu definieren kann. Sie wollen einen fairen Beitrag von den mächtigen Digitalkonzernen, die bislang in der EU kaum Abgaben entrichten. Sie wehren sich gegen den Aufstieg von Demagogen in der nationalen und europäischen Politik und unterstützen eine offene Gesellschaft, in der Homophobie, Sexismus und Rassismus keinen Platz haben.

*Kritik:* Soziale und ökologische Ziele stehen beim grünen Wahlprogramm im Vordergrund, die Notwendigkeit einer Dynamisierung der Wirtschaft und Investitionen in die Nachbarländer werden nicht erwähnt. Die bedingungslose Achtung der Menschenwürde wird stärker eingemahnt als bei anderen Fraktionen. Solidarität mit den Ländern und Regionen an der Grenze wird gefordert. Die Bekämpfung von Fluchtursachen und Strategien zur besseren Qualifikation legaler und wegen des Facharbeitermangels benötigter Migration wird nicht angesprochen. Es werden keine Aussagen getätigt, in welchem Ausmaß Migration positive Auswirkungen haben kann und wie sie regional verteilt werden könnte. Das Migrations- und Flüchtlingsproblem wird insgesamt kaum behandelt.

Zu europäischen Agrarexporten, die die Entwicklung der Landwirtschaft in Afrika behindern, werden ebenso keine Aussagen gemacht wie zum sprunghaften Bevölkerungswachstum und zu Klimaproblemen als Fluchtursachen. Die Grünen fordern weder eine Reduktion unnötiger



Budgetausgaben noch eine Eindämmung extremer Defizite und auch keine Deckelung von hohen Abgabenquoten. Verbote spielen insgesamt weniger Rolle als in früheren Programmen, die Reformen sind jedoch nicht radikal und klingen nicht immer motivierend.

### 3.4 Die Fraktion ALDE (NEOS, En Marche, FDP)

Die **ALDE** macht die Europawahlen zu einer Richtungsentscheidung zwischen der Weiterentwicklung ("update") von individueller Freiheit, Prosperität und Stabilität einerseits und Rückkehr zu Nationalismus und wachsendem Autoritarismus andererseits. Ziel der Liberalen ist ein Vereinigtes Europa basierend auf den vier Freiheiten sowie der Beachtung der Menschenrechte und internationaler Verträge. Wie gefährdet innereuropäische Mobilität und Reisefreiheit sein können, zeigt ein Rückblick auf das Europa der letzten hundert Jahre mit seinen oft unüberwindbaren Mauern und Zäunen. Die Erasmus-Programme werden als wichtige europäische Initiative hervorgehoben. Die neue Herausforderung durch den Klimawandel wird betont.

Migration und Flucht soll durch besondere Anstrengungen im Ursprungsland der Fluchtbewegungen hintangehalten werden. Wenn Asylgründe vorliegen, soll es eine gemeinsame europäische Verantwortung geben. Liberale Werte und die Vorzüge von Diversität werden betont, die Gleichstellung der Geschlechter sei bei weitem nicht erreicht und sexuelle Gewalt existiere weiter.

Eine europäische Identität könne die nationalen und lokalen Identitäten bereichern und Europa müsse in der neuen Weltordnung eine Führungsrolle übernehmen.

Die **NEOS** gehen mit der Vision von "Vereinigten Staaten von Europa" in den Wahlkampf. Am Weg dorthin sollen verstärkt Mehrheitsentscheidungen ermöglicht und die multilaterale Zusammenarbeit ausgebaut werden. Die EU soll eigene Einnahmen aus europaweiten CO<sub>2</sub>- und Digitalsteuern sowie einer einheitlichen Körperschaftssteuer generieren. Nationale Steuern sollen im Ausmaß neuer EU-Steuern gesenkt und Agrarsubventionen reduziert werden.

*Kritik:* Zusammenfassend legen die NEOS ein mutiges, proeuropäisches Programm mit institutionellen und finanziellen Konsequenzen und frei von naiven Forderungen nach mehr Ausgaben ohne Kompensation vor.

Es wird zwar gefordert, dass Europa Vorbild in der Nachhaltigkeit und bei der Umsetzung der Klimaziele werden soll. Für niedrige Einkommen ist allerdings kein Ausgleich der dadurch entstehenden Kosten vorgesehen.

Bei der Forderung nach konsequenter Abschiebung von Migranten ohne ausreichenden Asylgrund fehlen allerdings Bedingungen, die die Sicherheit der Abgeschobenen oder die Weiterbildung von Jugendlichen sicherstellt.

**EN MARCHÉ**<sup>6</sup> setzt als Ziel sozial-liberale Reformen in einem "neu zu gründenden" Europa. Der europäische Humanismus erfordert Handeln. Und überall möchten die Bürgerinnen und Bürger am Wandel teilhaben. Deshalb sollte noch vor Ende dieses Jahres mit den Vertretern der EU-Institutionen und der Staaten eine Europakonferenz ins Leben gerufen werden, um erforderlichen Änderungen vorzuschlagen, ohne Tabus, einschließlich einer Überarbeitung der Verträge.

Eine demokratische und bürgernahe EU soll für die Menschen zu einer Herzensangelegenheit und damit zu einem Bollwerk gegen Nationalismus und Populismus werden. Eine engere Zusammenarbeit bei Finanz-, Wirtschafts-, Klima-, Flüchtlings-, Hochschul-, Forschungs- und

---

<sup>6</sup> La Republique En Marche, LaREM.



Verteidigungspolitik soll die europäische Wohlfahrt erhöhen und gleichzeitig eine Voraussetzung sein, mit den USA, China und Russland auf Augenhöhe zusammenarbeiten zu können.

Kennzeichen der EU müssen Freiheit, Schutz und Fortschritt (*liberté, protection et progrès*) sein, insbesondere die Verbindung von politischer Freiheit mit sozialem Fortschritt. Gefordert wird außerdem die Schaffung einer EU-Agentur für den Schutz der Demokratie, eines Europäischen Rates für Innere Sicherheit sowie eines europäischen Sicherheitsrates unter Einbeziehung Großbritanniens.

Die Flüchtlingspolitik soll unter Einbeziehung der nordafrikanischen Staaten neu ausgerichtet werden. Sie muss auf europäischer Ebene ergänzt werden durch den Aufbau einer europäischen Grenzschutzpolizei und eines gemeinsamen Rüstungsprogramms. Ein einheitliches europäisches Asylrecht soll angestrebt werden, dem Schengen-Raum ohne Binnengrenzen sollen nur jene Länder angehören, die die Außengrenzen schützen und bei der Flüchtlingspolitik solidarisch sind.

Im Sozialbereich wird der Kampf gegen Lohndumping, eine EU-weite soziale Grundsicherung und eines europäischen Mindestlohns gefordert, Erasmus für alle könnte Ungleichheiten in der Ausbildung reduzieren.

Auf institutioneller Ebene werden ein europäisches Budget und ein europäischer Finanzminister vorgeschlagen. Es wird aber betont, dass damit aber keine Transferunion errichtet werden soll (in Vorwegnahme möglicher deutscher Kritik).

Im Umweltbereich wird die Schaffung einer Europäischen Klimabank angeregt. Existierende Initiativen der EIB werden hingegen nicht erwähnt.

### **3.5 Populistische Fraktionen (bisher EKR, ENF, EFDD, ev. zukünftig EAVN)**

Die sogenannten populistischen Parteien sind heute in drei Fraktionen im Europaparlament vertreten. Angesichts der vorliegenden Studien (vgl. Abschnitt 1) sind ihre Gemeinsamkeiten bekannt, wobei es nach Ländern sehr unterschiedliche Forderungen gibt und auch ständig neue Gruppierungen entstehen wie z.B. die Vox in Spanien. Die derzeit größere Gruppe ist die Fraktion der Europäischen Konservativen Reformer (EKR) mit rund 10 % der Parlamentssitze. Die zweitgrößte Gruppe mit rund 5 % der Abgeordneten ist die Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF). Die dritte Fraktion ist Europa der Freiheit und direkten Demokratie (EFDD). Programme nach Fraktionen liegen daher in der Regel nicht vor, Manifeste und Absichtserklärungen werden mit der Nähe zum Wahltag immer unverbindlicher, weil in allen Mitgliedsländern eine Mehrheit gegen den Austritt aus der EU ist, aber andererseits radikale Forderungen nach Renationalisierung und Hervorheben der Ziele des eigenen Landes im Mittelpunkt stehen. Der Austrittswunsch wird oft hinter dem Ziel radikaler und rascher Reformen, Abbau des Zentralismus, mehr Sicherheit, Außen- und Binnenkontrollen "versteckt", das soll Gegner solcher Maßnahmen nicht abschrecken, die eigene Klientel aber motivieren.

Wir beschränken uns hier auf die Lega, die AFD und die FPÖ und erwähnen speziell Polen, weil es die implizite oder sogar vertragsbasierte Kooperation mit Russland ablehnt und die NATO für unentbehrlich für den Fortbestand Polens betont.

#### **3.5.1 RN, FRANKREICH**

Marine Le Pens Rassemblement National nennt sich patriotisch im Sinne von französischer Identität, Tradition und Souveränität. Der Leitsatz bedeutet, dass Franzosen bei Arbeitsplätzen und Sozialleistungen bevorzugt werden sollen, Klassenwidersprüche oder alte Rechts-Links-Schemata sollen durch national-soziale Lösungen überwunden werden. Banken, die Rüstungsindustrie und andere Industriezweige sollten nationalisiert werden.



Einwanderung besonders aus nicht europäischen oder muslimischen Ländern seien zu stoppen, die legale Zuwanderung auf 10.000 Personen zu beschränken, Asylrecht zu verschärfen und Familienzusammenführung abzuschaffen, sowie die Todesstrafe wieder einzuführen. Europa soll in ein Europa der Nationen umgestaltet werden, dass jedem Staat die Beibehaltung der Souveränität ermöglicht. Frankreich soll aus dem Schengener Abkommen austreten, ebenso aus der Eurozone und der NATO. Es sei die größte Unabhängigkeit von anderen internationalen Organisationen anzupeilen. Der Austritt Frankreichs aus der EU, der früher gefordert wurde, steht nicht mehr im Programm. Am Partnerkongress in Mailand im Jänner 2016 war auch die Partei "Einiges Russland" vertreten. Marine Le Pen bewundert öffentlich Präsident Putin und versucht ihn bei seiner internationalen Aktivität vor Sanktionen zu schützen.

### 3.5.2 FPÖ – ÖSTERREICH ZUERST

Das gegenwärtige Parteiprogramm der FPÖ wurde 2011 in Graz beschlossen. Es betont das Heimatland Österreich als Teil der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft. Es sei kein Einwanderungsland, eine geburtenorientierte Familienpolitik wird für Österreich angestrebt.

Bemerkenswerterweise werden Minderheiten explizit als eine Bereicherung verstanden. Verfolgten ist Schutz zu bieten, wenn sie über ein sicheres Drittland kommen, müssen sie dort den Antrag stellen. Die Einheit Tirols wird in einem Nebensatz gefordert. Europa solle ein Verbund freier Völker und selbstbestimmter Vaterländer werden.

Geld, das über Generationen von Österreichern erarbeitet wurde, sei für deren Nachkommen einzusetzen.

Gender-Mainstreaming wird abgelehnt, "statistische Ungleichheiten" in den Einkommen können nicht durch Unrecht an einzelnen Personen ausgeglichen werden.

Das Programm ist inhaltlich gemäßigt, liberal und pro wirtschaftlich, ohne sozialen Ausgleich abzulehnen, bei diesem soll es allerdings einen Vorrang für Inländer geben. Für populistische Parteien typische Schlagworte sind mit Schlaworten wie Soziale Heimat Partei oder die Einheit Tirols oder in Überschriften wie "Österreich zuerst" eingefügt. Die Begrüßung des Ausgangs des Brexitreferendums<sup>7</sup>, der Freundschaftsvertrag mit "Einiges Russland" und die bedingte Forderung nach einem Austritts Österreichs aus der EU, wenn nicht bestimmte radikale Forderungen der Partei erfüllt werden, ist in diesem 2011 beschlossenen Programm nicht begründet. Auch Äußerungen von Spitzenfunktionären, dass man zur Beurteilung von Konzentrationslagern und Klimawandel zusätzliche Studien brauche, finden keine Basis. Das Stimmverhalten der FPÖ Mandatäre im EU-Parlament gegen Resolutionen für Menschenrechts-, Klimaabkommen und Multilateralismus, oder Emissionsgrenzen für Autos (vgl. Adelphi Studie, Schaller und Carius, 2019) ebenso nicht. Innerhalb des geplanten neuen Fraktionsblocks EAVN, der von Matteo Salvini angesteuert wird, wäre die FPÖ mit diesem Programm ein moderater Außenseiter.

### 3.5.3 AfD

Diese zunächst radikal liberale Partei mit dem Hauptziel den Euro zu verhindern, entwickelt sich zu einer populistischen Partei, die sich als "echte politische Alternative zur herrschenden Klasse" versteht. Sie wolle den Bruch von Recht und Gesetz beenden und die Zerstörung des Rechtsstaates, sowie verantwortungsloses Handeln gegen die Prinzipien wirtschaftlicher Vernunft nicht länger hinnehmen. Durch die Euro-Rettung seien längst überwundene Vorurteile und Feindseligkeiten zwischen den europäischen Völkern neu aufgebrochen. Die AfD wolle in

<sup>7</sup> Den Strache und Vilimsky als „Weichenstellung für die Demokratie und gegen den politischen Zentralismus, aber auch gegen den anhaltenden Migrationswahn bezeichnet haben.





allen Bereichen echte Alternativen bieten. Durch die Verträge von Schengen (1985), Maastricht (1992) und Lissabon (2007) habe sich die unantastbare Souveränität des Volkes in eine Fiktion verwandelt.

Die Partei wendet sich gegen Verschwendung öffentlicher Mittel in Deutschland (ein Straftatbestand der Verschwendung von Steuermitteln wird gefordert). Die Umwandlung der EU in einen zentralistischen Bundesstaat soll zurückgenommen werden. Lose verbundene Einzelstaaten, Freundschaft und gute Nachbarschaft sollten die Ziele der Europäischen Nationen sein. Interessen können gebündelt werden und ein flexibles Netzwerk von Staaten, an denen die einzelnen Länder nach Möglichkeiten teilnehmen, sind die Alternative. Der Euro sei geordnet zu beenden, die Politik zur Bekämpfung der Finanzkrise und der Rettung des Euro habe gegen Verfassungsbestimmungen und das Verbot der Geldschöpfung zur Staatsfinanzierung verletzt. Ein Internationaler Verbund zur Unterstützung von Banken sei abzulehnen. Die Vereinten Nationen seien zu reformieren, Deutschland soll einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat bekommen.

Mehr Kinder an Stelle von Masseneinwanderung werden gefordert. Die deutsche Kultur, Identität und Sprache sei zu erhalten. Die AfD ist gegen Gendermainstreaming, geschlechtsneutrale Sprache und Geschlechterquoten. Fehlanreize in der Asylpolitik sollen beseitigt, Rückführungen forciert werden, geordnete Zuwanderung ist für Hochqualifizierte zu ermöglichen und in Handelsabkommen seien hohe Standards anzustreben.

Die Irrwege in der Klimaschutzpolitik seien zu beenden, Klimawandel habe es schon immer gegeben, CO<sub>2</sub> sei kein Schadstoff, sondern Bestandteil allen Lebens. Der unkontrollierbare Ausbau der Windenergie ist zu stoppen, für die Landwirtschaft sollte es weniger Subventionen geben.

Das Programm erfüllt alle Kriterien des Rechtspopulismus, das Euro-Ende wird explizit angesprochen, der Austritt Deutschlands aus der EU wird vor den Wahlen nicht mehr explizit als Ziel genannt, aber durch ein Europabild vor den letzten Vertragsänderungen angedeutet. Die Mitschuld Deutschlands an den wirtschaftlichen Problemen in Südeuropa durch hohen Leistungsbilanzüberschuss und Niedriglohnsektor werden verschwiegen, ebenso dass man die dramatische Schrumpfung der Bevölkerung nicht durch höhere Geburtenraten rasch vermeiden kann.

### 3.5.4 PIS

Das Programm der polnischen **PIS**<sup>8</sup> unterscheidet sich in einigen Punkten entscheidend von jenen anderen populistischen Bewegungen in Europa. Zum einen steht im Zentrum ihrer Forderungen bezüglich der Sicherheit nicht das Abwehren von Migranten, sondern der Schutz gegenüber Russland und die Wiederherstellung der Position ("Subjektivität") Polens in der internationalen Politik. Aus diesem Grund bleibt für PIS die militärische Allianz mit dem Westen (NATO) entscheidend. Während sich andere Populisten in Europa russlandfreundlich zeigen, ist dies für polnische Parteien keine Option. Ein zweites Alleinstellungsmerkmal ist die besondere Rolle, die Auslandspolen im Programm der PIS zuteilwird. Sie könnte vorbildlich sein für andere EU-Mitglieder (auch im Süden wie z.B. Griechenland), Regionen aber auch Afrika und ist ein wichtiges Element einer zirkulären Migration.

---

<sup>8</sup> Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit) ist Teil der Fraktion Europäische Konservative und Reformisten (EKR).



### 3.5.5 DIE GEPLANTE ALLIANZ EAVN

Für die Europawahlen 2019 versucht derzeit der Chef der Lega Nord, der italienische Innenminister Matteo Salvini, eine Europäische Allianz der Völker und Nationen (EAVN). Mit dabei sollen neben Lega, RN und AfD auch die FPÖ, die Schwedendemokraten, die Wahren Finnen sowie die Dänische und Norwegische Volkspartei.

Inhaltlich soll die Allianz jene Parteien zusammenführen, die dem Nationalstaat wieder mehr Gewicht verleihen, die nationalen Identitäten und die christlichen Traditionen schützen und die Außengrenzen Europas schließen wollen. Aus wahltaktischen Gründen geht es nun nicht mehr um einen Austritt aus der EU (wie noch im Rahmen der Lega propagiert), sondern um eine Reform der EU von innen heraus, indem die Bürokraten in Brüssel entmachtet und dann die europäischen Regeln geändert werden sollen. Es gibt derzeit kein einheitliches Programm für eine derartige Allianz, weil die Positionen der potenziellen Mitglieder in wichtigen Fragen wie der Migration und der Neuorganisation des Asylwesens oder der Position der EU gegenüber Russland weit auseinander gehen. Dies gilt auch für die Finanzpolitik, in der die Rechtspopulisten Deutschlands, Österreichs oder Skandinaviens dem hochverschuldeten Italien durchaus kritisch gegenüberstehen. Unklar ist vor allem auch, ob Matteo Salvini der Spitzenkandidat dieser Formation sein soll und wer der Kandidat für das Amt des Präsidenten der EU-Kommission sein wird.

## 4. SACHTHEMEN NACH FRAKTIONEN

### 4.1 Fraktionen im derzeitigen Europaparlament

Derzeit gibt es 16 europäische politische Parteien, von denen sich 13 in 8 Fraktionen zusammengeschlossen haben. Die Fraktion der Europäischen Volksparteien (EVP) stellt eine relative Mehrheit der Abgeordneten und hat gemeinsam mit der zweitstärksten Fraktion, der progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D) eine absolute Mandatsmehrheit. In zwei weiteren Fraktionen sind Parteien rechts und weit rechts der Mitte versammelt. Die größere von ihnen ist die Fraktion der Europäischen Konservativen Reformer (EKR) mit rund 10% der Parlamentssitze, die zweite mit rund 5% der Abgeordneten die Fraktionen Europa der Nationen und der Freiheit (EFN). Die Mitgliedsparteien letzterer sind rechtspopulistisch bis rechtsextrem. Die weiteren Fraktionen, welche jeweils zwischen 5% und 10% der Abgeordneten auf sich vereinigen sind die Fraktion Europa der Freiheit und direkten Demokratie (EFDD), einer Vereinigung von Rechts- und Linkspopulisten, die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten (ALDE), die Grünen/Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA) und die linksextreme Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL).



**Übersicht 1: Fraktionen und Mandatszahl** (nach Abschnitt 3 geordnet)

Fraktion	Zugehörige Europaparteien	Größe
Fraktion der europäischen Volksparteien (EVP)	Europäische Volkspartei (EVP)	218
Fraktion d. progressiven Allianz der Sozialdemokraten im EP (S&D)	Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)	189
Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)	Allianz der Liberalen und Demokraten (ALDE) Europäische Demokratische Partei (EDP)	68
Fraktion der Grünen/Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA)	Europäische Grüne Partei (EGP) Europäische Freie Allianz (EFA)	51 <sup>9</sup>
Europäische Konservative und Reformer (EKR)	Allianz d. Konservativen und Reformer (ACRE) Europäische Christliche Bewegung (ECPM) Europäische Freie Allianz (EFA)	73
Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD)	Allianz der Europäischen nationalen Bewegungen (AEMN)	43
Europa der Nationen und der Freiheit (ENF)	Bewegung für ein Europa der Nationen und der Freiheit (MENL)	35
Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE-NGL)	Partei der Europäischen Linken (EL) Europäische freie Allianz (EFA)	52
Fraktionslose	Allianz Europäischer Nationalen Bewegungen (AEMN) Allianz für Frieden und Freiheit (APF) Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas (INITIATIVE)	21

(Stand 10. September 2018, Quelle Europäisches Parlament)

Nach aktuellen Prognosen werden EVP und S&D ihre gemeinsame absolute Mehrheit verlieren und EU-feindliche bis EU-kritische Rechtsparteien, ausgehend von bereits jetzt hohem Niveau, weitere Zugewinne verzeichnen. Gelingt ihnen die Bildung einer gemeinsamen Fraktion, könnte diese die zweit- oder drittgrößte im EP werden. Die langfristigen Erfolgsaussichten sind aber begrenzt, weil sich die Parteien jenseits ihrer EU-Kritik in Werten und Positionen und insbesondere auch in der Einstellung zur NATO und Russland stark voneinander unterscheiden. Matteo Salvini versucht die Bildung einer Europäischen Allianz der Völker und Nationen (EAVN), die FPÖ würde eine gemeinsame Fraktion begrüßen.

Positionierungen der einzelnen Fraktionen zu konkreten Einzelthemen gibt es nur teilweise. Die diesbezüglich größte Detailtiefe haben die Grünen, besonders allgemein bleiben die Fraktionen am rechten Rand. Die beiden EU-fundamental-kritischen Fraktionen (EFDD & ENF) lehnen die Erstellung eines gemeinsamen Fraktionsprogramms aufgrund ihrer Fundamentalopposition gegen die Europaidee ab.

Der nächste Abschnitt versucht einen Überblick nach 10 Themenblöcken zu geben, wobei es manchmal notwendig ist Wertungen vorzunehmen und bei überlappenden oder widersprechenden Aussagen innerhalb einer Fraktion Tendenzen zu erkennen.

## 4.2 Themenblöcke

### 4.2.1 ZENTRALISMUS-SUBSIDIARITÄT, RENATIONALISIERUNG

Alle Fraktionen mit Ausnahme von ENF und EFDD befürworten die Delegation politischer Macht an gemeinsame europäische Institutionen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Die Parteien des linken Spektrums stehen weiteren Vertiefungsschritten aufgeschlossener gegenüber als konservative und liberale. Die extreme Linke verlangt dabei allerdings Respekt

<sup>9</sup> Seit 2016 52 Mandate nach Wechsel eines Abgeordneten der Cinque Stella.



vor den unterschiedlichen Zugängen der Mitgliedstaaten zu ordnungspolitischen Fragen. Die größte Bereitschaft zum weiteren Ausbau der EU haben die Grünen, die für die Weiterentwicklung der EU einen europäischen Bundesstaat eintreten und die ALDE (besonders NEOS und En Marche), die Vereinigte Staaten von Europa vorschlagen. Die EVP will eine Politische Union und ein starkes aber kein "zentralisiertes" Europa, ALDE vor allem die Vertiefung der Marktintegration und ein starkes Europa in der Welt. Europa als Global Player ist ein Motiv für alle nicht populistische Gruppen. ENF und EFDD möchten die Europäische Union in eine Interessensgemeinschaft souveräner Staaten zurückführen, welche in Fragen, die sie gemeinsam betreffen, zusammenarbeiten sollen. Delegation von Staatsmacht an gemeinsame Europäische Institutionen lehnen sie ab.

## Übersicht 2: Zentralismus-Subsidiarität, Renationalisierung

EP-Fraktion	Gesamtziel	Zuständigkeitsverteilung	Institutionen
EVP	EU stärker, einfacher und demokratischer Europa der Sicherheit (CDU)	Fokus auf Hauptthemen Kein zentralisiertes Europa Für Politische Union	
S&D	EU fair, frei, nachhaltig		
EKR	Prioritäten: Innere Sicherheit, Immigrationsmanagement, Freihandel, Binnenmarkt		
ALDE	frei, demokratisch, unternehmerisch, nachhaltig, vereint und offen, EU muss globale Dynamik aktiv mitgestalten	Für Neuverhandlung basierend auf dem Subsidiaritätsprinzip	EP soll Initiativrecht für Gesetze erhalten Abstimmungen im Rat und ER sollen transparenter werden
GUE-NGL	Europa sozial, friedlich, nachhaltig internationaler Solidarität Weniger Konkurrenzorientierung		
Grüne/EFA	Europa geeint, ökologische, feministisch und gerecht	Ausweitung, vor allem auch bei Steuern und soziale Sicherheit	
ENF	Für ein Europa der Nationalstaaten mit Souveränität und Freiheit als Leitwerte Europa soll eine Wirtschafts- und Interessensgemeinschaft souveräner Staaten werden Für Kooperation der europäischen Staaten unter vollem Respekt nationaler Unterschiede	Für Vorrang nationalen Rechts vor EU-Recht Keine Rechtssetzungskompetenzen für EU-Institutionen	Neue Institutionen "zwischenstaatlichen Zusammenschlüssen" Ersatz des EP durch eine parlamentarische Versammlung mit max. 100 Delegierten aus nationalen Parlamenten Immer Einstimmigkeit EUGH Schiedsgericht

## 4.2.2 KLIMAWANDEL UND UMWELT

Alle Fraktionen erkennen an, dass Umweltpolitik auch eine europäische Priorität sein sollte, SDG Zielen stärkere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll, eine Kreislaufwirtschaft angestrebt werden soll. Die EVP und ALDE betonen die Notwendigkeit der Effizienz und Forschungsförderung, um Konkurrenzfähigkeit nicht zu gefährden, die S&D verlangt den Einbau sozialer und ökologischer Indikatoren in das Europäische Semester. CO<sub>2</sub> Abgaben und Besteuerung von Kerosin wird verlangt, das Emissionshandelssystem soll verbessert werden. Diese Forderungen werden auch von den anderen nicht populistischen Fraktionen genannt. Die ALDE fordert emissionsfreie Fahrzeuge. Warum diese Forderungen bisher nicht umgesetzt wurden, und dass die derzeitigen und auch jüngst adaptierten Emissionsziele für Autos, und LKW und die Begrenzung der Kohlenutzung nicht zur Erreichung der Ziele des Pariser



Klimaabkommens ausreichen, wird nicht diskutiert, ebenso nicht warum Europa keine Technologieführerschaft im Bereich alternativer Antriebe erreicht. Die populistischen Parteien stellen in Frage ob der Klimawandel durch menschliches Handeln mitverursacht ist und betonen die Nutzung jeweils heimsicher Energie, und dass es wichtig sei unnötige und bürokratische Kosten zu vermeiden. Das Thema wird isoliert, Einzelaspekte wie Vermeidung von Plastik hervorgehoben und somit in der Bedeutung relativiert.

### Übersicht 3: Klimawandel und Umwelt

EP-Frakt.	Gesamtziel	Kompetenzen/Zwischenziele/Strategielinien	Institutionen/Instrumente
EVP	nachhaltige gemeinsame Energiepolitik und gemeinsamen Energiemarkt Schutz der Gesundheit	Verringerung Treibhausgasemissionen (Landnutzung/-änderung, Forstwirtschaft) Kreislaufwirtschaft vorantreiben grenzüberschreitende Energieinfrastruktur	Committee Umwelt, öffentliche Gesundheit in Working Group Wirtschaft, Arbeitsplätze & Umwelt
S&D	Unterstützung Pariser Abkommen und UN-Agenda 2030 (SDGs) Zyklus für nachhaltige Entwicklung an Stelle des Europäischen Semesters und auf ergänzenden sozialen und ökologischen Indikatoren und Zielen beruht"	Übergang zu kohlenstoffarmer Wirtschaft Förderung Kreislaufwirtschaft verbindliche Verringerungen der Treibhausgasemissionen für Pkw und Lkw Überarbeitung des Emissionshandelssystems für bessere Anreize für Dekarbonisierung - heimische Erzeugung erneuerbarer Energien fördern	Manifest/Aktionsplan gegen Energiearmut Initiative "Progressive Society ( <a href="#">Report 2019-2024</a> ), inspiriert von UN-Agenda 2030 (SDGs)
ALDE	Energieunion und Energiebinnenmarkt, mit freiem Fluss von erneuerbarer Energie nachhaltiges Wachstum führende Kraft in der Welt sein Übergang zu Kreislaufwirtschaft und intelligente Mobilität und nachhaltiges Reisen Kohäsionspolitik als Instrument für nachhaltigem Wirtschaftswachstum	starke Förderung von F&E für emissionsarme Technologien, Emissionshandel reformieren Ende der Kraftstoffsteuerbefreiungen für internationale Luftfahrt EU wird bis 2050 kohlenstoffneutrale Ökonomie. Energiesystem ist hocheffizient, basiert auf erneuerbarer Energie (Zwischenschritt) EU Treibhausgas-Emissionen bis 2030 auf 55 % von 1990 reduzieren emissionsfreie Fahrzeuge, Kohäsionsfonds: keine Programme/Projekte unterstützen, die Klima- und Energiezielen zuwiderlaufen	
Grüne/ EFA	Ökologisierung des Wirtschaftssystems	Nachhaltige Arbeitsplätze Fossile Brennstoffe zurückdrängen Fokus Erneuerbare Energie	CO <sub>2</sub> Mindestpreis Kerosinabgabe Alternativen zu Flugzeug
GUE- NGL	Grundrecht auf Energie und Wasser Klimawandel und Energiearmut bekämpfen Bekämpfung Meeres-Verschmutzung der und Schutz von Rohstoffreserven Freihandelsabkommen dürfen nicht Bodenschätzen in Afrika und Lateinamerika ausbeuten lassen	Privatisierung der natürlichen Ressourcen ablehnen; Produktion und Verteilung von Energie in die öffentliche Hand überführen kurze Produktions- und Konsumkreisläufe - Erzeugung erneuerbarer Energien Verbesserung öffentl. Personenverkehr lokaler Ökosysteme und Biodiversität gleicher Zugang zu natürlichen Rohstoffen (Land, Luft, Wasser, Energie) Verringerung Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen	
EKR	Reduktion plastic waste Reduzierung der vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen saubere Luft/Luftqualität (öffentliche Gesundheit)	Produktion, Verkauf und Verwendung von Kunststoffen nachhaltig gestalten keine unnötigen und kostspieligen Belastungen für Unternehmen Emissionshandelssystem der EU (ETS) Nachhaltiger Fischereiertrags (Gleichgewicht Fischereisektor und Verbraucher)	Kampagnen: Meere vor Verschmutzung schützen; Tötung von Meerestieren verhindern; Schutz von Wildtieren



### 4.2.3 EUROZONE, ROLLE DER EZB UND BANKENHILFE

EVP, S&D, ALDE und Grüne sprechen sich für eine Vertiefung der WWU (Wirtschafts- und Währungsunion). Ihr gemeinsamer Nenner ist der Wunsch nach Veränderung. EVP möchte weiterhin eine unabhängige EZB.

ENF (und AfD) möchte hingegen die Wiedereinführung der nationalen Währungen und spricht sich daher für den Austritt aus der Eurozone aus. Zusätzlich spricht sich ENF als einzige gegen eine Rolle der EZB bei der Bankenaufsicht aus und geht damit in Richtung einer Entmachtung der EZB.

Bezüglich der Reform des ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) und der Frage ob dieser zu einem EWF (Europäischer Währungsfonds) ausgebaut werden soll positionieren sich ALDE und die Grünen/EFA klar für den Ausbau zu einem EWF, dennoch wird auf strikte Konditionalitäten hingewiesen damit es zu keinem übermäßigen Sparen der Volkswirtschaften kommt. EVP und die Grünen sehen im ESM klar auch eine Rolle als Sicherheitspolster für den SRF (Single Resolution Fund) und damit EDIS (Europäische Einlagensicherung). ENF spricht sich klar für eine Begrenzung aus und lehnt den Übergang des ESM zu einem EWF klar ab.

#### Übersicht 4: Eurozone, Rolle der EZB und Bankenhilfe

EP-Fraktion	WWU/Bankenunion	ESM-Reform, EU- Währungsfonds
EVP	Für Vertiefung WWU/Bankenunion Stärkere Integration der Eurozone Kein Finanzminister für Eurozone	ESM soll auch Backstop für EDIS werden Keine Transferunion
S&D	Für tiefe und ambitionierte Reform	Intuitionen zur Krisensicherung und Unterstützung von Ländern in Krisen
ALDE	Für automatische Sanktionen im SWP	Für EWF mit strikter Konditionalität
Grüne/EFA	Für Weiterentwicklung, um effektive Funktion zur Krisenprävention und -Management Instrument	ESM muss EWF werden, kontrolliert vom EP Kein "Kaputtsparen" ganzer Volkswirtschaften, auch Backstop für SRF
ENF	Wiedereinführung nationaler Währung Für Austritt Frankreichs aus der Eurozone (RN), Eurozone und EU parallel weiter (AfD), Deutschland nicht in EUROZONE	Kein EWF EZB darf nicht Bankenaufseher sein

### 4.2.4 MIGRATION, ASYL

Hier liegt der Unterschied zwischen populistischen Gruppierungen, die die Identität und Homogenität der Bürger eines Landes als zu schützendes Gut darstellen, und den anderen Fraktionen, die mit unterschiedlichen Prioritäten die faire Behandlung von Flüchtlingen, humanitäre Verpflichtungen und eine gemeinsame Verantwortung betonen. Die EVP betont die nicht immer leichte Unterscheidung zwischen legitimen Asylwerbern und irregulären Migranten, die S&D humanitäre Verantwortung und den Schutz des Schengensystems, die ALDE die Bekämpfung der Migrationsursachen und die Grünen gemeinsame Normen für Arbeitsmobilität und Unterstützung von Gemeinden und Ländern die Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge aufnehmen. Alle wollen bessere Kontrollen, allerdings mit unterschiedlichen Konsequenzen von der Feststellung der Identität, der Qualifikation und des Zieles und der Überprüfung, Abweisung bzw. Abschiebung. Integration wird unterschiedlich forciert, wenn Abschiebung und Erhaltung der nationalen Identität das Ziel ist wird sie abgelehnt, bei positiverer Einstellung forciert oder zum Kriterium für Unterstützungszahlungen gemacht. Dass der Arbeitsmarkteintritt erschwert wird, könnte stärker thematisiert werden, und wie ein stärkeres Arbeitsangebot das Wachstum der Wirtschaft erhöhen kann.



Viele Länder haben ein Defizit an qualifizierter Arbeit. Es gibt in vielen Regionen vor allem im Osten und Süden Europas Regionen in denen die Bevölkerung zwischen 20 und 30 Jahren um ein Drittel bis zu der Hälfte schrumpft, Schulen und Geschäfte geschlossen werden und Firmenansiedlungen oder Start-Ups sehr unwahrscheinlich werden. Sie müssten Konzepte entwickeln wie dem Bevölkerungsrückgang und dem Qualifikationsdefizit entgegengearbeitet werden kann. Diese könnten in einer vorausschauenden Migrations- oder Ausbildungspolitik liegen, in zirkuläre Migration mit Rückkehrangeboten an Emigranten oder in neuen Dienstleistungen und Infrastrukturinvestitionen.

Die Aufstockung von Finanzmitteln für den Grenzschutz werden in fast allen Programmen befürwortet, dass dafür die Militärsysteme die auf den Inlandseinsatz ausgerichtet waren, überproportional gekürzt werden sollten, bleibt unerwähnt. Europa hat höhere "Militärausgaben" als Russland und fast so hohe wie Russland und China zusammen.

### Übersicht 5: Migration, Asyl

EP-Fr.	Ziel	Strategielinie	Maßnahme
EVP	Faire und robuste Migrationspolitik Wirksames gemeinsames Asylsystem Stärkung der Grenzkontrollkapazitäten	Klare Unterscheidung zwischen legitimen Asylwerbern und irregulären Migranten	Elektronisches Einreise- / Ausreisensystem Stärkerer Informationsaustausch der Mitgliedstaaten Vereinbarungen mit Drittländern, um Migrationsströme zu kontrollieren reduzieren
S&D	Wirkungsvolle, humane und geordnete Grenzkontrolle Förderung der Integration in die Aufnahmegesellschaft	Humanitäre Hilfe innerhalb Europas Gerechte Lastverteilung zwischen den Ländern Maßnahmen, um Schengen zu schützen	Relocation der Flüchtlinge Konsequenzen für Regierungen, die sich weigern, ihren Verpflichtungen nachzukommen Überarbeitung der Dublin-Verordnung
EKR	Ein nachhaltiges Migrationssystem der Zusammenarbeit und nicht des Zwanges	Bekämpfung des Missbrauchs des Asylsystems Unterstützung der Mitgliedstaaten beim Schutz der Außengrenzen	Frontex stärken Erhöhung der Abschiebungen Kooperationsvereinbarungen mit Drittländern
ALD E	Gemeinsames Europäisches Asylsystem mit anständiger Aufnahme, Verantwortungsverteilung und effizienten Verfahren im Einklang mit den EU-Grundrechtsnormen	Engagement für Genfer Flüchtlingskonvention Integration Bekämpfung der Migrationsursachen Ablehnung der Wiedereinführung permanenter Kontrollen an den Binnengrenzen zwischen den Schengen-Mitgliedstaaten. Mehr legale Wege für diejenigen, die Arbeit suchen, eine Ausbildung machen	Migrationsabkommen mit sicheren Ländern im Nahen Osten und Afrika Bereitstellung von Mittel und Unterstützung der Regionen, aus der Asylbewerber kommen Einheitliche Kontrolle der Außengrenzen im Einklang mit dem EU-Recht EU-Blue Card erweitern
GUE - NGL	Gemeinsamen, integrationsorientierten Flüchtlings- und Migrationspolitik	Verteidigung der Rechte von Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten Schaffung sicherer europäischer Korridore für legale Migration und Asylsuchende Unterstützung wirtschaftlicher und sozialer Integration	Verbindungen mit den Herkunftsländern herstellen Geteilte Verantwortung und solidarische Lösungen fördern Asylverfahren, Umsiedlung,, Familienzusammenführung beschleunigen werden
Grün e/ EFA	Asylpolitik, die auf Solidarität, Menschlichkeit und einem geordneten Prozess der eine gerechte Aufteilung der Verantwortlichkeiten zwischen den Mitgliedstaaten und die	Gemeinsame Normen und Regeln für Arbeitsmobilität und Migration Unterstützung der EU Länder und Gemeinden, die Geflüchtete oder MigrantInnen aufnehmen	Sicherheitsgarantien für Asylsuchende Wiedereinführung eines europäischen Programms zur Seenotrettung vorsieht
ENF	Wahrung der Identität der Bürger und Nationen Europas gemäß den Besonderheiten jeder Bevölkerung	Kontrolle und Regulierung der Einwanderung	



## 4.2.5 SOZIALES, MINDESTLÖHNE, UNGLEICHHEIT

Alle Fraktionen bekennen sich zur Bedeutung sozialer Ziele.

Die EVP nimmt dabei eher in einer Position ein, die das Modell verteidigt und soziale Ziele mit anderen kompatibel zu machen. Die S&D fordert, die derzeitige Soziale Säule in einen Aktionsplan umzuwandeln. Die EU solle eine Soziale Union werden und Ungleichheit reduzieren. Die ALDE betont den Wert eines funktionierenden, gemeinsamen Arbeitsmarkts und die Abdeckung der neuen Formen des Arbeitens und der Mobilität, die Grünen faire Rahmenbedingungen und eine größere Politikkohärenz zwischen Sozial-, Umwelt- und Migrationspolitik. Die populistischen Parteien fordern, dass Sozialpolitik in nationale Zuständigkeit bleibt, positionieren sich gegen eine Sozial Union, fordern eine Einschränkung der Personenfreizügigkeit und gegen eine Armutszuwanderung in Sozialsysteme.

### Übersicht 6: Soziales, Mindestlöhne, Ungleichheit

EP-Fra.	Gesamtziel	Strategielinie	Institutionen-Instrumente
EPP	Das Europäische Sozialmodell in einer globalen Welt verteidigen	starke Wirtschaft für Gesellschaft, die Sicherheit und Chancen für alle bietet. Mindeststandards bei den Regeln (z.B. Arbeitszeit) um Lohn- und Sozialdumping und unfairen Wettbewerb zu verhindern Fokus: Unterstützung der Familien als Kern der Gesellschaft	Gleichstellungspolitik und gleichen Lohn für gleiche Arbeit anstreben Jobs und Jobsicherheit schaffen Verteidigung hochwertiger Jobs gegen Standortverlagerungen und Dumping Sozial- und Familienpolitik muss bei Mitgliedsstaaten bleiben. EU Regelungen dürfen nationale Schutzstandards, und Mitbestimmung nicht, aushebeln Keine gemeinsame Arbeitslosenversicherung
S&D	Notwendig: sozialer Aktionsplan, um die Europäische Säule sozialer Rechte in verbindliche Regelungen umzuwandeln soziale Grundrechte Vorrang vor den Rechten der Konzerne haben, in denen ordentliche Löhne und Arbeitsschutzstandards durch die EU geschützt werden und in denen effektive Maßnahmen gegen Steuerbetrug greifen	Maßnahmen setzen, um Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen, gute Arbeitsplätze und gute Entlohnung für alle sicherzustellen, umfassende Gleichstellung der Geschlechter echte soziale Mobilität zu ermöglichen und Ungleichheiten in Europa zu verringern	Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort Gemeindewohnungen nicht privatisieren Mindestlöhne Ein soziales Sicherheitsnetz und verpflichtende Mindeststandards für die Mindestsicherung und die nationalen Arbeitslosenversicherungen Ausbildungsgarantie für alle unter 25 nach österreichischem Vorbild umsetzen
EKR			
ALDE	ein funktionierender gemeinsamen Arbeitsmarkt	treffsichere, transparente und flexible Sicherungssysteme	Abdeckung neuer Formen des Arbeitens und der Mobilität
Grüne	Faire Rahmenbedingungen und soziale Sicherheit EU in Richtung einer Sozialunion entwickeln Gemeinsame Standards schaffen und grenzüberschreitendes Arbeiten sozial absichern	industriepolitische Strategie für zukunftsfit Wirtschaftsdynamik hohe Lebensqualität und gute Jobs mit dem Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. europäische Arbeitslosenversicherung, mit der man sich insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten und bei hoher Arbeitslosigkeit wappnen kann und europäische Solidarität lebt. strenge Gesetze über gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit Kommission, die den maximalen Abstand zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Gehalt in einem Unternehmen prüft	Wir befürworten nationale Experimente zu universellem Grundeinkommen. Die Verkürzung und Umverteilung der Arbeitszeit sollte erleichtert werden. Wir kämpfen für fair bezahlte Krankentage und fairen Elternurlaub in allen Mitgliedsländern. Zugang zu Gesundheitsversorgung, (öffentlichen) Wohnraum und Bildung Verbot diskriminierender Jugendgehälter und eine angemessene Bezahlung von Praktika. Vom Europäischen Parlament zu verabschiedende Mindesteinkommensrichtlinie. Europäische Sozialversicherungsnummer





EP-Fra.	Gesamtziel	Strategielinie	Institutionen-Instrumente
ENF	Sozialpolitik im Verantwortungsbereich der Mitgliedsstaaten	Aushöhlung und Überforderung des österreichischen Sozialsystems verhindern	Nein zu einer europäischen Sozialunion
EFDD	Einschränkung der EU-Personenfreizügigkeit	Armutszuwanderung und Einwanderung in die nationalen Sozialsysteme muss auch auf EU-Ebene unterbunden	aufnehmenden Staaten eine Beschränkung der EU-Zuwanderung zu ermöglichen, die nur Personen zulässt, die selbst für sich sorgen können
	Möglichkeit für bedingten Anspruch für EU-Bürger auf steuerfinanzierte Sozialleistungen schaffen		Bedingung für Anspruch: zehnjährige, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
	Keine Vereinheitlichung von Sozialsystemen	Im Sinne des Wettbewerbs der Systeme innerhalb der EU	Gegen die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung
GUE-NGL	ein Europa, in dem die Menschen im Mittelpunkt stehen Soziale Absicherung für alle, Armut in Europa abschaffen; Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung	Soziale Rechte müssen von jedem Menschen in der EU individuell einklagbar sein. das Recht auf Bildung und Ausbildung sichern und mit EU-Mitteln fördern	verbindliche europäische Mindestlohnregelung: die zum Leben und für armutsfeste Rente reichen Europaweiter Pflegemindestlohn Gleicher Lohn für gleiche Arbeit durch Leiharbeit, Werkverträge und Auslagerungen stoppen Gemeinsamer europäischer Arbeitsmarkt und Mindeststandards Europäische Arbeitsbehörde ein Solidar-Fonds, aus dem im Krisenfall die Sozial- und Arbeitslosensysteme eines Krisenlandes gestützt werden

Die NEOS bilden mit der FDP und der République en Marche von Macron die Fraktion ALDE (Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa). Bezüglich der Positionierung zu Fragen der sozialen Inklusion weisen sie Unterschiede auf. Während die NEOS als Ziel einen funktionierenden Arbeitsmarkt mit transparenten flexiblen sozialen Sicherungssysteme anpeilen, spricht Macron hingegen von einer Sozialkonvergenz. Die schrittweise Annäherung der Sozialmodelle und die Einführung eines Mindestlohns mit Bindung an die wirtschaftlichen Gegebenheiten der einzelnen Mitgliedstaaten wird vorgeschlagen. Im Gegensatz dazu plädiert die FDP dafür, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Kompetenzen im Kern den Mitgliedstaaten zu überlassen. Bei grenzüberschreitenden Problemen könne die EU unterstützend tätig werden. Eine weitere Forderung der FDP ist die Schaffung einer Europäischen Ausbildungsagentur zur Vermittlung freier Ausbildungsplätze in anderen Mitgliedsstaaten.

Die SPÖ schlägt vor, neben den bisher verwendeten Indikatoren, wie öffentliches Defizit und Schulden, sollen auch öffentliche Investitionen und Vermögensverteilung, Leistungsbilanzen, Haushaltseinkommen, Gender Pay Gap, Arbeitslosigkeit oder Treibhausgasemissionen gleichrangig in die Beurteilung der Staaten einbezogen werden. Außerdem fordert sie das Ende des Lohn- und Sozialdumpings durch Effektive Gesetze, Kontrollen und Strafen sowie den Ausschluss von EU-Förderungen und von öffentlichen Bieterverfahren für Unternehmen und deren wirtschaftlichen EigentümerInnen, die selbst oder deren Töchter beim Lohn- oder Sozialdumping erwischt werden.

Die SPD sieht die Einführung eines europäischen Fonds als Rückversicherung für die Finanzierung von Sozialleistungen vor. Er wird in guten Zeiten von allen Mitgliedstaaten gefüllt. Während einer Beschäftigungskrise können sie hieraus Kredite beanspruchen, um mit dem Geld ihre Arbeitslosenversicherungen zu unterstützen.

Die ENF tritt für das Szenario 4 des Weißbuchs EU-Kommission zur Zukunft der Europäischen Union ein: Weniger Gebiete sollen erfasst werden, aber effizienter handeln. Zu den Gebieten wo die EU Kompetenzen abgeben soll, wird im Weißbuch selbst die Regionalpolitik genannt. Die ENF verlangt generell Kompetenzen zurückzubringen von der supranationalen Ebene in die Mitgliedsstaaten. Die EU soll eine Gemeinschaft souveräner europäischer Staaten sein, die im Sinne von Frieden und Wohlergehen ihrer Bevölkerungen auf Augenhöhe kooperieren. Eine



politische Union, die immer mehr Kompetenzen und Macht von den Mitgliedsstaaten nach Brüssel transferiert, wird abgelehnt, sie seien ein Risiko für Freiheit und Demokratie.

#### 4.2.6 ERWEITERUNG, NACHBARSCHAFTSPOLITIK, AFRIKA

##### *Westbalkan und Türkei*

Die Erweiterung der EU um die Länder des Westbalkans ist als Ziel unbestritten, wenn auch explizite Aussagen der populistischen Gruppierung fehlen. Die Begründungen und die Betonung der Voraussetzungen sind nuanciert.<sup>10</sup>

Für die Türkei verlangen EVP und ALDE den Abbruch der Verhandlungen, wobei ALDE von Beziehungen auf neuer Grundlage sprechen, und die Grünen für eine Neuvermessung sprechen, gebunden und letzte die Türe für den Fall einer demokratischen und weltoffenen Türkei offenlassen. Die EVP verlangt die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Initiativen in der Türkei. Die EFDD verlangt neben der Aussetzung der Verhandlungen die Sperre der europäischen Heranführungshilfen und die Aufhebung des "illegalen" Migrantabkommens.

##### Übersicht 7: Westbalkan

EP-Frak.	Gesamtziel	Strategielinie	Institutionen-Instrumente
EPP	Alle Länder des Westbalkans sollten in die EU aufgenommen werden können	Ohne klare Beitrittsperspektive wird der russische, islamische und chinesische Einfluss in diesen Ländern größer.	
S&D	Erweiterung der EU um die Staaten des Westbalkans	sobald sie die festgelegten Kriterien erfüllen	Pakt zur Entwicklung der Industrie in wirtschaftlich schwachen Gebieten, insbesondere in Ost- und Südosteuropa, nach dem Vorbild des Marshall Plans
EKR	Allen, die beitreten möchten, die Tür zur Europäischen Union offenhalten Ziel, auf dem Weg der Mitgliedschaft in der Europäischen Union den gesamten osteuropäischen Raum zu betreten	Die Außenpolitik der Republik Polen muss mitverantwortlich für den Zustand unserer engsten Nachbarschaft bis zum Kaukasus sein.	neue, vertiefte Instrumente der Zusammenarbeit mit Staaten auf bilateraler und internationaler Ebene
ALDE	Beibehalten der Beitrittsperspektive für die Staaten des Westbalkans	Aufbau verlässlicher Infrastruktur zur Schaffung eines guten Umfelds für europäische Investments und somit die Schaffung von Arbeitsplätzen Beitritt möglich, wenn Kopenhagener Kriterien vollständig und nachhaltig erfüllt sind	Infrastrukturoffensive in Form von massivem Ausbau des Straßen-, Schienen-, Strom- und Telekommunikationsnetzes (Glasfaser) sowie sauberer Energieformen

##### *Nachbarschaft Afrika*

Die nicht-populistischen Parteien betonen die Notwendigkeit einer Partnerschaft mit Ländern außerhalb Europas, besonders auch Afrika aus wirtschaftlichen Gründen zur Eingrenzung von Konflikten und zur Begrenzung der Migrationsströme. Die Entwicklungszusammenarbeit ist zu koordinieren, Investitionen zu erhöhen, europäische Steuerung und Zusammenarbeit bei Ausbildung ist zu forcieren, manchmal unter dem Titel Marshallplan mit Afrika. Die

<sup>8</sup> Die CDU steht der Erweiterung skeptischer gegenüber; für sie gilt der Grundsatz: Vertiefung vor Erweiterung. Wir stellen sicher, dass unser Europa weiterhin stabil und erfolgreich bleibt. Der innere Zusammenhalt der Europäischen Union darf durch die Aufnahme neuer Mitglieder nicht geschwächt werden. Aufgrund unserer Erfahrung mit den bisherigen Beitrittsprozessen halten wir die Aufnahme weiterer Länder in den nächsten fünf Jahren nicht für möglich. Insbesondere darf es keine Abstriche bei der Rechtsstaatlichkeit, der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität geben. Beitrittskandidaten können erst der EU beitreten, wenn sie die politischen und wirtschaftlichen Beitrittskriterien vollständig und auf Dauer erfüllen können.



populistischen Parteien betonen die Zusammenarbeit zwischen Ländern und dass Flüchtlinge in ihrer Region gehalten werden sollen, wobei keine Instrumente dafür angeboten werden außer dem Schließen von Flüchtlingsrouten und der Abschiebung und gelegentlich auch die Empfehlung, Integration zu verhindern, damit es keine Durchmischung von Völkern gibt und die Wahrung der Identität des Landes gewahrt wird.

### Übersicht 8: Nachbarschaft Osten/Süden, Afrika, Entwicklungszusammenarbeit

EP-Fr..	Gesamtziel	Strategielinie	Institutionen-Instrumente
EPP	Investitionen für eine stabile und erfolgreiche europäische Nachbarschaft eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit Afrika Ursachenbekämpfung und Regelung von Migration Verfolgung und Kriege sind Asylgrund	Stabilität und Wohlstand schaffen in Europas Nachbarregionen ein europäischer Afrikaplan für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Wohlstand, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit Umfassendes Maßnahmenpaket aus Bekämpfung von Hunger, Krieg, Armut, Gewalt	Marshall Plan für Afrika Durch effektive private Investitionen die Wirtschaft stärken und Chancen für Junge schaffen Aushandeln einer Grenzschutzvereinbarung mit Nordafrika Integration nach Ankunft in Europa
S&D	Eine ausreichend dotierte und menschenorientierte Entwicklungszusammenarbeit Fluchtursachen nachhaltig beseitigen	Lebensgrundlagen in den Ländern des Globalen Südens müssen verbessert werden Internationale Hilfe verstärken – finanziell und strukturell	Mindestens 0,7 Prozent für Entwicklungszusammenarbeit Befähigung zu stabiler Staatlichkeit sowie eigenständiger sozialer, nachhaltiger und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit
EKR	Zusammenarbeit mit einzelnen Ländern weiterführen	demokratische Stabilisierung, Einhaltung von Menschenrechten und Armutsreduktion in Entwicklungsländern weniger Migration	EU Gelder für private Unternehmen in Entwicklungsländern, um Wirtschaftswachstum zu schaffen
ALDE	Für eine gemeinschaftliche, abgestimmte EZA, Afrika als strategischer Partner	Gezielte Projekte als effektive Grundlage für Veränderungen und Aufbau von nachhaltigen Strukturen in Partnerländern	Vergemeinschaftung der finanziellen Mittel EZA auf europäischer Ebene Alle Agenden und Mittel der EZA in einer EU-Implementierungsagentur Universitätspartnerschaften, Schulunterricht für Mädchen, Bekämpfung des Klimawandels
Grüne	Beziehungen zu Afrika Echte Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe übergehen. Die Entwicklungsländer müssen ihren Weg einer nachhaltigen Entwicklung selbst bestimmen können. Fairer Beitrag für die Entwicklungszusammenarbeit Fluchtursachen anpacken – globale Gerechtigkeit verwirklichen	Partnerschaftsabkommen mit Afrika verhindern den Aufbau einer eigenen Wirtschaft in diesen Ländern, statt ihn zu fördern. Fokus unserer vertieften Zusammenarbeit ist eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung durch sozialökologische Investitionen Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf mindestens 0,7% des BIP erhöhen mit Schwerpunkt auf den ärmsten Ländern und den am stärksten gefährdeten Die beste Flüchtlingspolitik trägt dazu bei, dass weniger Menschen auf der Welt gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen.	Beendigung der Überschwemmung afrikanischer Märkte durch EU-subsventionierte Obst-, Gemüse- und Fleischprodukte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit afrikanischen Ländern auf neue, gerechte und nachhaltige Basis Durch fairen Handel Lebensgrundlagen anderen Regionen verbessern und damit erzwungene Migration beenden.
ENF	Lage in Afrika stabilisieren - Dort kann Flüchtlingen schneller und effizienter geholfen werden.	Die langfristige Herausforderung für die Migrationspolitik Europas liegt in Afrika. Ziel muss es sein, Flüchtlinge in der jeweiligen Region zu halten.	



EP-Fr..	Gesamtziel	Strategielinie	Institutionen-Instrumente
EFDD	Entwicklungspolitik auf die nationale Ebene zurückführen Humanitäre Hilfe als Aufgabe der Kirchen und Wohltätigkeitsorganisationen Keine Entwicklungshilfe für Staaten, in denen Korruption und Missmanagement vorherrschen Freihandel ist die beste Entwicklungshilfe.	Prinzip der Subsidiarität und der Wahrung der Eigeninteressen der Geberländer bei der Vergabe von Entwicklungshilfe Sie hat idR keine langfristige Entwicklungswirkung - keine Entwicklungshilfe im engeren Sinne	Koordinierungsrolle der EU, um Doppelpaßnahmen zu vermeiden regelmäßige, strikte Verwendungskontrolle und unabhängige Evaluierung der Ergebnisse der Entwicklungshilfe
GUE-NGL	Neuausrichtung der EZA Koloniale Beziehungen in der Zusammenarbeit mit afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten überwinden Nachbarschaftspolitik muss Armutsbekämpfung in den Mittelpunkt rücken und zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie beitragen.	eine friedliche Außen-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik, die auf Solidarität, Kooperation und Entspannung setzt und eine starke parlamentarischen Kontrolle Fluchtursachen tatsächlich bekämpfen	bessere Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union und der einzelnen Mitgliedstaaten Verbindliche Regeln für Konzerne und multinationale Unternehmen Ende subventionierter EU Exporte

## 4.2.7 ROLLE IN GLOBALISIERUNG, PLAYER AUF AUGENHÖHE

### *Globalisierung*

Konservative, Sozialdemokraten, Liberale und Grüne stehen der Globalisierung im Prinzip positiv gegenüber, haben aber in unterschiedlichem Maß Vorbehalte gegen den gegenwärtigen von den USA und multinationalen Firmen geprägten Kurs. Sie verlangen, dass durch Globalisierung und internationale Handels- und Investitionsverträge soziale und ökologische Standards eingehalten, wenn nicht sogar gemeinsam angehoben werden. Sie stehen Schiedsgerichten unterschiedlich, in der bisherigen Form aber kritisch gegenüber. Die Populisten fordern auch hier nationale Lösungen, z.B. die stärkere Berücksichtigung deutscher Interessen (AfD). Interessen sollen zwischen den europäischen Ländern abgestimmt werden, und auch Verträge mit China und den USA sind anders zu gestalten, wobei als Minimum die Zustimmung der nationalen Parlamente betont wird. Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik wird abgelehnt.

Ebenso verlaufen die Fronten bei der Gestaltung der generellen Beziehungen zwischen den USA, China und Europa und wohl auch gegenüber der europäischen Nachbarschaft von Russland, über die Türkei bis zu Afrika oder Südamerika. Die nicht populistischen Parteien wollen Europa als starken und selbstbewussten Gestalter der neuen weltwirtschaftlichen und politischen Ordnung. Dass dies nicht von Einzelstaaten geschehen kann, die 0,1 % bis 2 % der Bevölkerung ausmachen, ist vielleicht das größte Erklärungsdefizit des My Country First Ansatzes. Verträge mit China, aber auch den USA werden nicht auf Augenhöhe stattfinden, wenn jedes Land einzeln auftritt und Länder nur lose kooperieren, Patente und Menschenrechte nicht gesichert werden, die Klimapolitik nicht effizient sein und Europa wird nicht den lead in neuen Technologien erreichen. Eine enge Kooperation mit Russland wird durch primär nationale Politik leichter möglich.



**Übersicht 9: Rolle in Globalisierung, Player auf Augenhöhe**

EP-Fr.	Gesamtziel	Strategielinie	Institutionen-Instrumente
EPP	Aus- und Aufbau eines globalen Handelssystems Hohe Standards absichern, unlautere Praktiken verhindern	Aushandlung weiterer Handelsabkommen zur Belebung der Wirtschaft und Schaffung von Jobs	transparente Handelsabkommen mit Australien, Neuseeland, Vietnam und den Mercosur-Staaten abschließen, fertige Abkommen mit Kanada, Japan und Singapur, umsetzen
S&D	Ein gerechtes Welthandelsregime mit klaren Regeln, in dem soziale und ökologische Ziele und Wohlstand für alle an oberster Stelle stehen	Transparenz und demokratische Kontrolle von allen Handelsverträgen in abkommen Verankerung von Menschenrechten, ILO Regeln und Paris Ziele und deren Einhaltung verbindlich und sanktionierbar gestalten.	Kein Zwang zur Privatisierung Bis es zu einer Anpassung bestehender Verträge kommt, keine neuen Handelsabkommen "Europäischen Agentur für Handelswaren", die darauf achtet, dass der internationale Handel mit europäischen Werten kompatibel.
EKR	Internationale Handelsverträge, die die Basis europäischer Unternehmen im Welthandel stärken	Alle müssen vom freien Handel und Globalisierung profitieren. Immer mitzudenken bei Handelsverträgen: Wirkung auf Löhne, Jobs, Industrie vor Ort und die Zukunft der Wirtschaft der EU	Keine zentralisierte Außenpolitik der EU notwendig In internationalen Beziehungen Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Wahrheit fördern Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Vietnam soll 2019 in Kraft treten
ALDE	Offener, wertebasierter und freier Handel mit möglichst vielen Staaten weltweit Freihandel Motor für Wohlstand. Beschäftigung und Einkommen.	Einfluss gewinnen durch globale Standards bei Produktqualität, Umweltschutz und sozialen Rechten	WTO als zentralen Ort zur Schaffung eines fairen und regelbasierten globalen Welthandelssystems mit einem effektiven System der Streitbeilegung stärken
Grüne	Gewährleistung und Schaffung von Frieden; Es braucht gerechte Handelsbeziehungen statt eines völlig ungezügelten globalen Handels.	Wir dürfen nicht zulassen, dass industrielle (De-)Regulierungen und Handelsabkommen den ökologischen und sozialen Fortschritt untergraben oder behindern. Transparente Verhandlung	Echte Partnerschaften gemeinsame Spielregeln, gegen Ungerechtigkeiten, Ausbeutung von Mensch und Umwelt Keine einseitigen Gerichte, privilegierte Sonderklagerechte für Konzerne ab. Reform WTO (Ziel unter Dach der UN) Mandat für EU Parlament
EFDD	Fokus auf eine an deutschen Interessen ausgerichtete Außenpolitik der AfD mit Deutschland in einer Führungsrolle innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft Transparente, der EU verpflichtete Verhandlungen	Handelsbeziehungen müssen Umwelt- und Sozialstandards entsprechen Nein zur Übertragung von nationalen Souveränitätsrechten auf private Schiedsgerichte	Handelsabkommen sind den nationalen Parlamenten zur Prüfung und Abstimmung vorzulegen.
GUE-NGL	Eine gerechte Handelspolitik als Motor für eine friedliche Entwicklung europäische Handelsabkommen mit sozialen, demokratischen und ökologischen Mindeststandards!	Handelspolitik soll mit Entwicklungszusammenarbeit, Klimaschutz und Friedenssicherung in Einklang gebracht werden. Gegen neoliberalen Freihandels- und Konzernschutz-Abkommen ab: Sie sind demokratiefeindlich und schränken die Entwicklung schwächerer Länder ein.	Nein zu den »Europäischen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den Afrikanischen Staaten die nur Märkte öffnen und Privatisierungen zementieren. Die Länder des Südens müssen ihre Märkte schützen können. Keine Konkurrenz durch subventionierte Nahrungsmittel aus der EU. alle einseitigen Konzernklagerechte bei den Handelsverträgen CETA, TTIP, JEFTA und TiSA sofort abschaffen



**Übersicht 10: Globalisierung, China, USA, Russland**

EP-Fr..	Gesamtziel	Strategielinie	Institutionen-Instrumente
EPP	<p>Eine größere Rolle auf der globalen Bühne</p> <p>Langfristiger und nachhaltiger Frieden in Europa ist nur mit und nicht gegen Russland.</p> <p>Europa muss sich selbst verteidigen können</p> <p>schrittweiser Abbau der Sanktionen im Gleichschritt mit einer schrittweisen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen</p>	<p>Europa, seine BürgerInnen und die europäischen Werte verteidigen und globale Verantwortung übernehmen</p> <p>verstärkte und besser koordinierte Sicherheits- und Verteidigungspolitik innerhalb der EU</p> <p>Die Sanktionen, die wir weiterhin gegen Russland aufrechterhalten, schaden unserer Wirtschaft.</p>	<p>Basierend auf 3 Säulen: Soziale Marktwirtschaft, menschenzentrierte Innovation, Wettbewerbsfähigkeit</p> <p>neuer Anlauf für ein Handelsabkommen mit den USA</p> <p>Fokus auf militärische Sicherheit</p> <p>Offenhalten der Kommunikationskanäle mit Russland</p>
S&D	<p>Eine Weltordnung, in der die Demokratie die Regeln macht, nicht Großkonzerne, Reiche und deren Lobbys</p>		
EKR	<p>Neubelebung der Beziehung zu den USA auf bilateraler Basis</p> <p>Rückkehr zu verlässlicher und realistischer Partnerbeziehung mit Russland</p>	<p>gemeinsame Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit, Stabilität und der demokratischen Ordnung</p> <p>Basis: gegenseitiger Respekt, Wahrheit u. Offenheit, die Beachtung der Regeln des Völkerrechts.</p>	<p>Rückzug aus der Überzeugung, dass einige Länder besonderen Status gegenüber anderen haben</p>
ALDE	<p>Im globalen Wettbewerb muss sich die EU gegen neue Großmächte behaupten.</p> <p>der transatlantische Dialog muss breiter und tiefer werden</p> <p>Wiederaufbau einer vertrauensvollen Beziehung zu Russland, aber derzeit Aufrechterhalten der Sanktionen</p> <p>Für eine wertebasierte Zusammenarbeit mit China</p>	<p>Investition in Forschung und Entwicklung sind wesentliche Motoren für Innovation, Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit</p> <p>Prinzipien des Völkerrechts und der Menschenrechte in der europäischen Friedensordnung nicht verhandelbar</p>	<p>zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Kontakte, regelmäßige Parlaments- und Regierungskonsultationen mit den USA auf Ministerebene</p> <p>Bei einem substanziellen Einlenken Russlands können Sanktionen gelockert oder aufgehoben werden</p> <p>Gesprächschanäle offenhalten</p>
Grüne	<p>Die EU muss ein wesentlicher Faktor in der globalen Zusammenarbeit neben den USA, Russland und China bleiben.</p> <p>die transatlantische Partnerschaft ist ein zentraler Bezugspunkt europäischer Außen- und Sicherheitspolitik</p> <p>Sanktionen gegen Russland aufrechterhalten</p> <p>Europäische China-Politik: Kooperation auf Basis klarer Werte</p>	<p>Die USA sind mehr als ihr derzeitiger Präsident. Eine Zusammenarbeit mit amerikanischen Netzwerken, die eine soziale, ökologische, friedliche und menschenrechtsbasierte Politik verfolgen.</p> <p>keine Abstriche im Eintreten für Demokratie und Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts geben.</p> <p>Chinas heutige Führung befindet sich mit ihren Konzepten auf dem Weg zur globalen Supermacht, die Multilateralismus nur mitmacht, wo er ihr nutzt, und kritische Äußerungen von innen und außen rigoros sanktioniert.</p>	<p>Die Europäische Union sollte viel stärker auf eine Zusammenarbeit mit den US-Bundesstaaten sowie zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, vor allem in den Bereichen Ökologie, Bildung sowie Digitalisierung, setzen.</p> <p>Daher halten wir am Minsker Abkommen fest. Solange Russland gegen dieses verstößt, muss die EU die gezielten Sanktionen aufrechterhalten.</p> <p>Die Europäische Union muss der chinesischen Herausforderung mit der Bereitschaft zur Kooperation, aber auch mit Klarheit in der Vertretung der eigenen Werte und Interessen und mit Selbstbewusstsein begegnen.</p>
EFDD	<p>Interessensabstimmung auf Augenhöhe mit den USA</p> <p>Für die Abschaffung der Sanktionen und eine Normalisierung der Beziehungen mit Russland</p> <p>wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kontakte zu China ausbauen</p>	<p>verstärkte Zusammenarbeit mit der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft</p> <p>gegenseitige Angleichung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Handel und Investitionen ohne Ausverkauf europäischer Technologie</p>	<p>Erweiterung der bestehenden Gas-Pipeline in der Ostsee.</p>
GUE-NGL	<p>eine neue, auf Entspannung orientierte Ostpolitik</p>	<p>Sicherheit in Europa kann nur Sicherheit mit und nicht gegen Russland sein.</p>	<p>Keine Militärmanöver oder Pläne zur Stationierung von Waffensystemen entlang der russischen Westgrenze</p> <p>Sanktionen gegen Russland beenden</p>



#### 4.2.8 ENTSCHEIDUNGSFINDUNG, GOVERNANCE (INSTITUTIONEN), EINSTIMMIGKEIT

Mit Ausnahme der populistischen Parteien wollen alle politischen Fraktionen des europäischen Parlaments eine Stärkung des Initiativrechts des Parlaments. Des Weiteren wollen die Zentrumsparteien das Einstimmigkeitsprinzip in manchen Bereichen abschaffen, zum Beispiel in der Außen- und Verteidigungspolitik. ALDE geht in ihren Reformvorschlägen noch einen Schritt weiter. Sie will eine tiefere Integration der EU in Richtung "Vereinigte Staaten von Europa". Europa soll zur Zwei-Kammern Demokratie werden. Neben dem Parlament vertritt die zweite Kammer Länder- bzw. regionale Interessen. Unter der Führung des Kommissionspräsidenten sollen eine EU-Regierung mit eigenem Finanz-, Außen-, und Sozialminister etabliert werden. Die Grünen betonen dass die internationale Entwicklung mehr Politikkohärenz braucht, Auch Handelspolitik, Migrationspolitik und Entwicklungszusammenarbeit müsse sich an den Sustainable Development Goals orientieren, damit nicht lokale Produktion zerstört wird und damit eine „root cause“ von Migration schafft.

Dem gegenüber stehen die populistischen Parteien, die eine Verschiebung der Kompetenzen nach Brüssel ablehnen. Deswegen dürfe auch das Einstimmigkeitsprinzip nicht fallen. Die Kommission und das Parlament sollen auf die Hälfte zusammenschrumpfen. Die deutsche AfD geht sogar so weit, eine komplette Abschaffung des Parlaments zu fordern.

#### Übersicht 11: Entscheidung findet in Europa statt

EP-Fr.	Gesamtziel	Strategielinie	Institutionen-Instrumente
EPP	Beschlussmechanismen ändern, Mehrheitsentscheidungen in manchen Bereichen wie der Außenpolitik		Stärkung des Initiativrechts des europäischen Parlaments.
S&D	Bürgerschaftliches Engagement, gerechte und transparente Entscheidungsprozesse	Echte europäische Parteien mit Spitzenkandidaten	Initiativrecht des Parlaments
ALDE	Vereinigte Staaten von Europa	Europäisches Parlament soll ein Zwei-Kammern-Parlament werden. Zweite Kammer: Vertreter der nationalen Regierungen. Europäische Volksabstimmungen ab einer Anzahl an Unterstützungen möglich. Bei diesen Abstimmungen ist eine doppelte Mehrheit notwendig, Mehrheit der Bevölkerung und der Staaten. Anzahl der Kommissare reduzieren, von derzeit 28 auf 15. Einstimmigkeitsprinzip bei gemeinsamer Sicherheits- und Verteidigungspolitik abschaffen	Europäischer Sitz im UN-Sicherheitsrat und anderen internationalen Organisationen Initiativrecht für das europäische Parlament einführen
Grüne	Vereinigte Staaten von Europa EU soll zumindest gemeinsamen Finanzminister, Außenminister und Minister für Soziales erhalten.	Stärkung des Mitspracherechts. Jede Europäische Bürgerinitiative EBI mit mehr als einer Million Stimmen soll politisch tatsächlich weiterverfolgt werden Länderübergreifende Listen um den europäischen öffentlichen Raum zu stärken.	Einbinden des Parlaments in das Gesetzgebungsverfahren. Zwei-Kammern Demokratie mit Kommission als Regierung. Entscheidung im Rat mit qualifizierter Mehrheit
ENF	Weitere Kompetenzverteilung nach Brüssel stoppen	Einstimmigkeitsprinzip darf nicht fallen	Halbierung Kommission und Parlaments
EFDD			Auflösung des Parlaments
GUE-NGL		Mehr europaweite Volksabstimmungen	Initiativrecht für EP.



#### 4.2.9 BUDGET, EIGENE EU STEUERN, AGRARSUBVENTIONEN

Die Grünen wollen das Volumen des EU-Haushalts kurzfristig auf 1,3% des EU-BIP erhöhen. Gleichzeitig sollen die Agrarausgaben auf die Abgeltung öffentlicher Leistungen beschränkt werden. Die zusätzlichen und freiwerdenden Mittel sollen zur Finanzierung eine Sozial- und Energieunion eingesetzt werden. Demgegenüber fordert EFN umfangreiche Ausgabenkürzungen, etwa durch eine Renationalisierung der Kohäsionspolitik.

ALDE und EKR und auch S&D wollen die Effizienz des Mitteleinsatzes erhöhen, die EKR durch Fokus auf den europäischen Mehrwert, S&D durch die umfassende Berücksichtigung der globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) und ALDE durch eine Verlagerung von Agrargeldern zu europäische Kernaufgaben, wie Forschung und Innovation, Sicherheit, und Kampf gegen den Klimawandel. Grünen und S&D fordern auch neue Eigenmittel. Die Rechtsparteien treten für eine signifikante Reduktion des EU-Haushaltsein.

Im Bereich der EU-Finzen ist eine Annäherung der EP-Positionen an EK-Vorschläge und die bisher deutlich restriktiveren Ratspositionen zu erwarten. Dies würde die Durchsetzungschancen von Nettozahlerinteressen verbessern, gleichzeitig aber auch zur Vertiefung des Nord-Süd-Ost-Gegensatzes in der EU beitragen und damit Desintegrationstendenzen verstärken. Bei der Ausgabenstruktur dürfte der verstärkte Einfluss von Rechtsparteien vor allem zu Lasten internationaler Zusammenarbeit sowie der Kohäsionspolitik gehen.

#### Übersicht 12: Budget, eigene EU Steuern, Agrarsubventionen

EP-Fr.	EU Haushalt -Grundsätze	EU Haushalt - Politiken	EU Haushalt - Finanzierung
EVP	Keine aktuelle Positionierung	Keine aktuelle Positionierung	Keine aktuelle Positionierung
S&D	SDG sollen in allen EU-Politiken berücksichtigt werden		Für neue Eigenmittel, zur Reduzierung nationaler Beiträge
EKR	Fokus auf europäischen Mehrwert und Effizienz der Ausgaben		
ALDE	Effiziente Mittelverwendung	CAP (capital adequacy process) muss reformiert werden, zur Stärkung der Nachhaltigkeit, mit Gleichheit bei den Subventionen und mit Anreizen für Innovation, Unternehmertum, generative Erneuerung und nachhaltige Landwirtschaft  Investitionen in Forschung und Innovation, technologischen Wandel, Sicherheit, Umwelt Kampf gegen Klimawandel und Jugendarbeitslosigkeit sollen forciert werden	
GUE-NGL			
Grüne/ EFA	Ausweitung der Aufgaben, jetzt auf 1,3% des BIP, für Umsetzung einer Sozial- und Energieunion und automatische Stabilisatoren bei Krisen Finanzrahmen soll mit dem EP-Wahlzyklen synchronisiert werden und sich an Politikzielen in den Arbeitsprogrammen orientieren	Agrargelder: Vergabe basierend (nur) auf Prinzip öffentliches Geld für öffentliche Leistungen	Für neue Quelle, Option: Am Umsatz orientierte europäische Digitalsteuer
ENF	Umfangreiche Ausgabenkürzungen, aktuell zumindest um die wegfallenden Nettoeinnahmen aus dem UK	Ablehnung jeder Ausweitung des EU-Haushalts und damit auch der EK-Vorschlag für den MFR (mehrjähriger Finanzrahmen) Renationalisierung der Kohäsionspolitik, Abschaffung des Kohäsionsfonds und Reduktion des EU-HH im gleichen Ausmaß Allfällige Übernahme neuer kostenverursachenden Aufgaben nur durch kompensatorische Ausgabenreduktionen	





### 4.2.10 ZIELE EUROPAS, WERT FÜR BÜRGER, VISION

Die EVP spricht sich für eine Politische Union aus. Die EU solle stärker werden, aber auch das Subsidiaritätsprinzip stärker beachten. Europa soll ein starker Player in der globalen Entwicklung sein.

Die S&D Fraktion will ein solidarisches Europa, die EU soll fair, frei und nachhaltig werden. Ein Sozialvertrag soll die bisherige Soziale Säule ersetzen. Regional angepasste Mindestlöhne werden angestrebt

Die ALDE will ein freies, demokratisches und nachhaltiges Europa, als starker Player in der Globalisierung. Die NEOS setzen mutig das Konzept der "Vereinigten Staaten von Europa" als Ziel.

Die Grünen wollen ein ökologisches, demokratisches und soziales Europa, das sich zu einem Europäischen Bundestaat entwickelt.

Die populistischen Fraktionen haben das Ziel Europas als souveräne Nationalstaaten, die miteinander kooperieren, Kompetenzen müssen radikal an die nationale Ebene zurückgegeben werden, wenn dies nicht der Fall ist werde die Auflösung der EU bzw. der Austritt jedes Landes befürwortet.

#### Übersicht 13: Positionen der Parteien nach Sachthemen

	EVP (29%)	S&D (25%)	ALDE (9%)	GRÜNE (7%)	EKR, EFDD, ENF (21%)
Zentralität / Subsidiarität / Renationalisierung	EU stärker, einfacher, demokratischer, Subsidiaritätsprinzip durchsetzen	EU fair, frei, nachhaltig	Zuständigkeiten auf Basis von Subsidiarität neu verhandeln	Starkes Europaparlament, Zentralisierung bei Umwelt und Sicherheit erforderlich	Rückführung von EU-Kompetenzen auf die nationale Ebene
Klimawandel, Umwelt	Nachhaltige gemeinsame Energiepolitik	Unterstützung des Pariser Abkommens und der UN-SDGs	Energieunion verwirklichen, Kreislaufwirtschaft mit effizientem Ressourceneinsatz	EU-Klimaziele zur Umsetzung des Pariser Übereinkommens	Klimawandel immer gegeben COP21 nicht unterschreiben Vorrang für lokale Energie
Eurozone, EZB, Bankenhilfen	Erweiterung und Vertiefung der WWU, unabhängige EZB, ESM zu EWF ausbauen	Erweiterung und Vertiefung der WWU	Automatische Sanktionen im SWP, ESM zu EWF ausbauen	WWU-Weiterentwicklung mit effizienter Krisenprävention	Wiedereinführung nationaler Währungen
Migration, Asyl	Faire Migrationspolitik, gemeinsames Asylsystem, verstärkte Grenzkontrollen	Humane und geordnete Grenzkontrollen, Förderung der Integration im Zielland	Gemeinsames Asylsystem mit fairer Verantwortungsteilung	Solidarität und Menschlichkeit, Verantwortungsteilung, Seenotrettung	Einwanderungskontrolle, Wahrung der Identität der angestammten Bevölkerung
Soziales, Mindestlöhne, Ungleichheit	EU-weite Mindeststandards (zB Arbeitszeiten), keine EU-Arbeitslosenversicherung	Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung, Europäische Mindestlöhne	Funktionierender gemeinsamer Arbeitsmarkt, treffsichere Sozialsysteme	Europ. Sozialunion vorantreiben, Mindesteinkommen	Keine EU-Sozialunion, Einschränkung der Personenfreizügigkeit
Erweiterung, Nachbarschaftspolitik, Afrika	Erweiterung um Westbalkanstaaten, keine Türkei-verhandlungen, partnerschaftliche Afrikapolitik	Erweiterung um Westbalkanstaaten, Fluchtursachen in Afrika beseitigen	Erweiterung um Westbalkanstaaten, keine Türkei-verhandlungen, gemeinschaftliche Entwicklungspolitik	Erweiterung um Westbalkanstaaten, EU-Subventionen im Afrikahandel beseitigen	Flüchtlinge in der Herkunftsregion halten, Migrationsabkommen mit Türkei aufheben
Rolle in Globalisierung, Player auf Augenhöhe	Globales Welthandelssystem, moderne und transparent Handelsabkommen, EU als starker Player	Gerechtes Welthandelssystem, demokratische Kontrolle von Handelsabkommen	Freihandels als Motor des Wohlstandes, EU als starker Player	Kein ungezügelter globaler Handel, Reform der WTO, EU als globaler Player	Keine privaten Schiedsgerichte
Entscheidungsfindung, Governance, Einstimmigkeit	Mehrheitsentscheidungen forcieren	Gerechte und transparente Entscheidungsprozesse	Vereinigte Staaten von Europa, Zweikammer-Parlament	Vereinigte Staaten von Europa, gemeinsame Finanz-, Außen- und Sozialminister	Einstimmigkeit muss bleiben, Ende der Kompetenzverlagerungen nach Brüssel
Budget, eigene EU-Steuern, Agrarsubventionen	Agrarsubventionen beibehalten	SDGs in allen EU-Politiken berücksichtigen	Effiziente Mittelverwendung	Ausweitung der EU-Aufgaben, insbesondere für Sozial- und Energieunion, gemeinsame Steuerpolitik	Ausgabenkürzungen, höhere Effizienz der EU-Ausgaben
Ziele Europas, Wert, Vision	Für Politische Union Ein neues Kapitel öffnen	Ein solidarisches Europa Menschen statt Konzerne	Freies demokratisches, unternehmerisches Europa Vereinigte Staaten Europa	Ein ökologisches, demokratisches und soziales Europa	Europa der Nationalstaaten
Uneingeschränkt pro EU	Eingeschränkt pro EU	Eingeschränkt gegen EU	Uneingeschränkt gegen EU	Keine Position	



## 5. ZUSAMMENFASSUNG

### *Das Umfeld*

Vor dem Hintergrund weltweiter Herausforderungen einer dynamischen, aber auch konfliktreichen Nachbarschaft, ungelöster Verteilungs- und Governanceprobleme und zögerlicher Umsetzung von bisherigen Strategien, wählt Europa ein neues Parlament. Es wird erwartet, dass dabei populistische Parteien deutlich stärker und die bisherigen europäischen Großparteien ihre gemeinsame absolute Mehrheit verlieren werden. Noch vor der Wahl versuchen das liberale und das populistische Lager, neue Fraktionen zu bilden. Nach den Wahlen werden neue Bündnisse zwischen den Fraktionen für die Steuerung Europas und die Bewältigung der neuen Herausforderungen notwendig: Sie werden die Zahl der Mitgliedsländer, den Weiterbestand des Euroraumes und die zukünftige Strategie der Europäischen Union bestimmen.

Eine Analyse der Absichten der wahlwerbenden Gruppen ist dadurch erschwert, dass Programme manchmal für europäische Bündnisse und Parteien, oft aber nur für einzelne Länder vorliegen, und dass Parteien die nach den Wahlen wahrscheinlich ein Bündnis oder eine Fraktion bilden werden, heute unterschiedliche Programme haben. Manche Parteien ändern - im Hinblick auf Umfragen - vor der Wahl ihre Ziele. Sie fordern ein Ziel- etwa den Austritt aus der EU- „nur“ für den Fall, dass radikale Forderungen nicht rasch erfüllt werden. Hinweise darauf kann man durch lokale Teilorganisationen oder durch das Abstimmungsverhalten in der vergangenen Legislaturperiode finden.

### *Gemeinsamkeiten und Unterschiede*

Allen Programmen ist eine Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und sozialen Situation in Europa und den Entscheidungsprozessen in der Europäischen Union gemeinsam. Während die meisten Parteien die Errungenschaften der EU in wirtschaftlichen Fragen, bei der Friedenssicherung oder der Überwindung von Finanz- und Eurokrise würdigen, fordern populistischen Gruppen eine weitreichende Rücknahme bisheriger Einigungsschritte. Sie wollen den Vertrag von Maastricht aufkündigen und streben die Rückkehr zu nationalen Politiken an, die auf europäischer Ebene nur koordiniert werden. Mehrfach wird der Austritt aus der Eurozone und die Rückkehr zu nationalen Währungen gefordert, der Austritt aber mit der Formulierung verbunden, dass dies der „notwendige“ Schritt wäre, wenn sich radikale Veränderungen nicht rasch durchsetzen lassen.

Die Europäische Volkspartei und die Allianz der Sozialdemokraten propagieren die konsequente Weiterführung des europäischen Einigungsprozesses. Die Aufnahme der Westbalkanstaaten wird befürwortet, wenn Konfliktlösung, wirtschaftliche Reformen und stabile Demokratie gesichert sind. Russland setzt Schritte, um diese Prozesse zu erschweren. China bietet Investitionen – mit hohen Folgekosten für die Länder, in denen es investiert - als Alternative zu EU-Mitteln. Die Stoßrichtung von vorgeschlagenen Reformen sind unterschiedlich und entsprechen oft bekannten Positionen von Mitte-rechts- und Mitte-links-Parteien. Sie unterscheiden sich bezüglich Staatsquote, Abgabenhöhe und privaten bzw. staatlichen Dienstleistungen sowie der Kritik an Bürokratie und Schulden.

Grüne und ALDE verlangen eine Weiterentwicklung und Vertiefung der Europäischen Union, schnellere Entscheidungen, ein eigenes Budget, einen europäischen Währungsfonds und die Vorreiterrolle Europas im Klimaschutz. Das Konzept eines europäischen Bundesstaates oder sogar der Vereinigten Staaten von Europa wird mutig gefordert, manchmal auch die Neugründung oder Neu-Begründung der EU und ein Verfassungskonvent. Mit mehr Marktwirtschaft und Kritik an der europäischen Bürokratie setzt die liberale Fraktion andere Prioritäten als die Grünen mit konsequenterer Ökologisierung und schnellerer Entkarbonisierung von Mobilität und Bauten. Grüne und Liberale betonen hingegen beide die



Notwendigkeit und Vorteile einer selbstbewussten Führungsrolle Europas in der neuen Weltwirtschaft. Das ist auch ein Ziel, das sie mit den Proeuropäische Parteien teilen und das alle vier Fraktionen von den Populisten stark unterscheidet.

Weitgehende Einigkeit besteht – mit Ausnahme der Populisten - bei der Forderung nach einer größeren Bedeutung des Parlaments und besonders seiner Berechtigung zu Gesetzesinitiativen. Die EVP fordert ein echtes Zweikammersystem mit einer Kammer, die von nationalen Vertretern besetzt wird, damit der nationale Beitrag zur notwendigen gemeinsamen Entscheidung sichtbar bleibt. Eine bessere Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen europäischer Organe und die Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips ist ebenfalls in den meisten Programmen gefordert, Einstimmigkeit wird von Populisten konsequent abgelehnt. Demokratischer und effizienter zu sein, kann einen Widerspruch bedeuten, beides sollte allerdings ein anspruchsvolles Konzept anstreben. Populisten wollen beides nicht, sondern nur den Rückbau.

Die Notwendigkeit der Regional- und Strukturpolitik ist außerhalb des populistischen Lagers unumstritten. Ihre bessere Koordinierung und die Überwachung der Bedingungen werden verlangt. Auch sollte die „Konditionalität“ entscheidend ausgeweitet werden und mit der Erfüllung von europäischen Zielen verknüpft werden. Die Rechtsstaatlichkeit soll geprüft, bei Verstoß gegen sie und EUGH-Urteile sollen die Mittel gekürzt und schnellere Sanktionen eingeleitet werden. Leistungen für die Aufnahme von Asylanten aus den Eintrittsländern sollten zu höheren Förderungen führen. Ein Abbau der Regionalförderung steht nur bei den Populisten auf der Agenda, die anderen Parteien fordern mehr Effizienz und bessere Verbindung mit europäischen Zielen.

Die EVP strebt nach Dezentralität im Sinne des Subsidiaritätsprinzips, definiert dieses allerdings trotz der neuen weltweiten Herausforderungen nicht neu. Die ALDE will einerseits Zuständigkeiten neu verhandeln, andererseits auch neue europaweite Institutionen schaffen. Die Grünen betonen, dass Zentralität zumindest bei Sicherheit und Umwelt erforderlich sind. Die Populisten verlangen hingegen die Rückführung von Kompetenzen auf die nationale Ebene.

Die Bekämpfung des Klimawandels hat erwartungsgemäß Priorität bei den Grünen, wobei (nicht zuletzt wegen der getrennt agierenden Fraktion der extremen linken Gruppierungen) Verbote und Regulierungen als zentrale Instrumente gegenüber marktwirtschaftlichen Methoden in den Hintergrund treten. Eine CO<sub>2</sub> Steuer wird ebenso gefordert wie eine Verbesserung des Emissionshandels, schnellere Reduktion von Treibhausgasen und die Führungsrolle Europas bei der Entkarbonisierung. Populistische Gruppierungen betonen, dass es immer Klimawandel gegeben habe und die derzeitige Erwärmung nicht durch menschliche Aktivitäten verursacht sein könne. Sie befürworten primär nationale Maßnahmen (regionale Beschaffung und Energie). Sie sind der Auffassung, Klimaabkommen hätten nicht unterzeichnet werden sollen, was sich auch im Abstimmungsverhalten populistischer Abgeordneter im EU Parlament und im Widerstand gegen Regeln zur Verringerung der CO<sub>2</sub> Emissionen bei Autos und LKW und gegen die Reduktion der Kohlenutzung widerspiegelt.

Die vier Fraktionen EVP, S&D, Grüne und ALDE sprechen sich für eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion aus und wollen die verfügbaren Mittel zur Stabilisierung und Dynamisierung nutzen und ausbauen. Die populistischen Gruppen verlangen eine Auflösung der Eurozone oder den Austritt ihres Landes und die Rückkehr zu nationalen Währungen. Die EZB solle sich auf Inflationsbekämpfung konzentrieren und keine Staats- und Wertpapiere kaufen dürfen. Der Eurorettungsschirm und die Bankenunion sollen zurückgestellt werden, wobei es bei der Opposition zu einer Transferunion und dem Kauf von Anleihen zur Stabilisierung der Konjunktur nach der Finanzkrise eine gewisse Überschneidung mit der EVP gibt. Die meisten Fraktionen wollen Investitionen durch Sonderfinanzierungen ausweiten oder mit Nachhaltigkeit und Innovation verbinden. Die Populisten lehnen dies ab und haben keine



Vorschläge wie durch europäische Programme das Investitionstief und das Technologiedefizit Europas bekämpft werden könnte. Sie geben beiden Themen insgesamt wenig Priorität.

Ein soziales Europa ist eine zentrale Idee der S&D, europäische Mindestlöhne werden verlangt. Eine europäische Sozialunion an Stelle der eher unverbindlichen bisherigen Säule verlangen auch die Grünen. Die ALDE betont ein funktionierendes, treffsicheres Sozialsystem und die EVP spricht sich für EU-weite Mindeststandards aus, will aber keine einheitliche oder gemeinschaftliche Arbeitslosenversicherung. Die S&D setzt mit einem Fonds für die Unterstützung von Ländern bei der Zahlung von Arbeitslosenunterstützung einen Schritt in Richtung der Übernahme gemeinschaftlicher Lasten in Notfällen.

### ***Unterblickete Themen***

Ein Defizit bei allen Fraktionen ist die fehlende oder übervorsichtige Kritik an der Höhe der Agrarsubventionen. Im neuen Finanzrahmen der EU (2021 - 2027 ) wird besonders die primär flächengebundene Förderung - die Großbetriebe begünstigt - auf der derzeitigen Höhe zementiert. Die ALDE spricht das Problem der ineffizienteren Mittelverwendung an, die Grünen kritisieren auch die negative Wirkung der Agrarförderung auf die Landwirtschaft in Afrika. Einsparungen sollten für die Sozial- und Energieunion verwendet werden. Die EVP verzichtet darauf, die Reduktion der Ausgaben von derzeit 40 % der EU-Ausgaben zur Senkung der Gesamtabgabenquote vorzuschlagen. Keine Partei betont, dass diese flächengebunden und nicht an ökologische Ziele gekoppelten Subventionen weder marktwirtschaftlich noch gesellschaftlich gerechtfertigt sind. Sie verbrauchen 40 % des EU-Budgets und blieben für die nächsten Jahre praktisch unverändert. Egal ob man Abgaben senken will, oder Geld für neue Aufgaben braucht, ein erster Schritt dazu wäre die Halbierung der flächengebundenen Subventionen innerhalb von drei Jahren und ihr vollständiges Ende vor dem Ende der neuen Finanzrahmenperiode.

Weitere Defizite sind eine wirkliche, spekulative Transaktion belastende Finanztransaktionssteuer (FTS) oder die Möglichkeit und Sinnhaftigkeit einer Erbschaftssteuer anzusprechen. Eine FTS, die nur die Ausgabe neuer Aktien besteuert, belastet die Realwirtschaft und junge Unternehmen, während sie Sekundärtransaktionen und Geschäfte von Banken mit anderen Banken unbesteuert lässt. Erbschaften und große Vermögen werden nicht besteuert, weil jedes Land vermutet, dass dann die betroffenen Steuerfälle in ein angrenzendes Land mit niedrigeren Steuersätzen verlagert werden. Eine europäisch koordinierte Steuerpolitik und eine Steuerbemessungsgrundlage mit einem breiten Band von nationalen Tarifen, aber eben auch mit einem Mindesttarif, würde den Faktor Arbeit entlasten und Arbeitsplätze schaffen sowie wirtschaftliche Dynamik ermöglichen. Diesen Weg schlägt keine Fraktion vor. Es wäre ein Beispiel, wie ein Mehr an europäischer Koordination den nationalen Spielraum erhöhen kann („neue Subsidiarität“), wenn Europa als Bemessungsgrundlage der Erbschaftssteuer die Steuererklärungen der letzten 30 Jahre definiert. Dann könnte jedes Land entscheiden, ob es die Erbschaften auf der einen Seite oder den Faktor Arbeit und die Unternehmensgewinne auf der anderen Seite besteuern will.

Im Bereich Migration fehlt in allen Programmen der Konnex zur Alterung und zur sinkenden Bevölkerung in vielen europäischen Regionen. Viele Länder haben ein Defizit an qualifizierten Arbeitskräften. Es müsste diskutiert werden, ob dieses Defizit durch eine vorausschauende Migrations- oder Ausbildungspolitik oder durch zirkuläre Migration gelöst werden könnte. Für Regionen, in denen die Bevölkerung zwischen 20 und 30 Jahren um ein Drittel bis zu der Hälfte schrumpft, Schulen und Geschäfte geschlossen und Firmenansiedlungen oder Start-ups sehr unwahrscheinlich werden, sollten Programme eingefordert und finanziert werden. Die Aufstockung von Finanzmitteln für den Grenzschutz wird in fast allen Programmen befürwortet, dass dafür die Militärsysteme, die auf den Inlandseinsatz ausgerichtet waren, überproportional gekürzt werden sollten, bleibt unerwähnt. Europa hat höhere „Militärausgaben“ als Russland und fast so hohe wie Russland und China zusammen.



Europa sollte ein starker Spieler in der Neugestaltung der Weltordnung werden. Dass dies aber für einzelne Länder unmöglich ist, wenn ihr Anteil an der Weltbevölkerung für die größten europäischen Ländern in Richtung 2 % sinkt, wird nicht thematisiert,

Im Bereich des Klimawandels wird zu wenig betont, dass Europa als wohlhabende Region über eine breitere Zielpalette als bloß Einkommen und Effizienz verfügen sollte. Ebenso bleibt unterbelichtet, dass mit Afrika ein auch von China und Russland umworbener Chancenkontinent in unmittelbare Nähe liegt, von dessen Partnerschaft Europa profitieren kann.

### ***Work in progress***

Die Diskussion über die Zukunft Europas hat begonnen, sie ist notwendig und sollte auch die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen erhöhen. Die Vorstellungen über Weg und Inhalt einer selbstbewussten Strategie Europas in der neuen politischen Landschaft sind unterschiedlich innerhalb und zwischen den bisherigen großen Fraktionen, den liberalen und den grünen Parteien und unterscheiden sich besonders von den populistischen Parteien und Fraktionen. Es wäre aber erfreulich, wenn nicht nur die Populisten radikale (und in diesem Fall meist rückwärtsgewandte oder undurchführbare) Vorschläge machen würden, sondern auch die bisherigen Großparteien und ihre pro-europäischen Herausforderer noch mutiger die Zukunft Europas zu gestalten versuchten. Das Reformprojekt – wie man in den Programmen sieht- hat begonnen, aber müsste noch mehr motivieren und die Jugend einbeziehen.



## ANNEX 1: WAHLPROGRAMME

### EVP

<https://www.eppgroup.eu/what-we-stand-for/our-position/wg-economy-and-environment>

<https://www.eppgroup.eu/how-we-make-it-happen/working-groups/wg-economy-and-environment/environment-public-health-and-food-safety>

<https://www.eppgroup.eu/what-we-stand-for/our-position/wg-legal-and-home-affairs>

### S&D

<https://www.socialistsanddemocrats.eu/what-we-stand-for/our-achievements/reconciling-environment-our-economy>

<https://www.socialistsanddemocrats.eu/de/publications/manifest-der-sd-fraktion-ueber-die-bekaempfung-der-energie-armut>

[https://www.progressivesociety.eu/sites/default/files/2018-12/S%26D\\_ProgressiveSociety-SustEqu\\_BROCHURE\\_DE\\_FINAL.pdf](https://www.progressivesociety.eu/sites/default/files/2018-12/S%26D_ProgressiveSociety-SustEqu_BROCHURE_DE_FINAL.pdf)

<https://www.socialistsanddemocrats.eu/euwakeup>

### SPD

[https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Europa\\_ist\\_die\\_Antwort/SPD\\_Europaprogramm\\_2019.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Europa_ist_die_Antwort/SPD_Europaprogramm_2019.pdf)

### SPÖ

[https://www.spoe.at/wp-content/uploads/sites/739/2018/.../EUWahl\\_Leitantrag\\_3.pdf](https://www.spoe.at/wp-content/uploads/sites/739/2018/.../EUWahl_Leitantrag_3.pdf)

### ALDE

[https://www.aldeparty.eu/sites/alde/files/40-Resolutions/2017\\_moving\\_towards\\_zero-emission\\_mobility.pdf](https://www.aldeparty.eu/sites/alde/files/40-Resolutions/2017_moving_towards_zero-emission_mobility.pdf)

[https://www.aldeparty.eu/sites/alde/files/40-Resolutions/2019\\_freedom\\_opportunity\\_prosperity\\_the\\_liberal\\_vision\\_for\\_the\\_future\\_of\\_europe.pdf](https://www.aldeparty.eu/sites/alde/files/40-Resolutions/2019_freedom_opportunity_prosperity_the_liberal_vision_for_the_future_of_europe.pdf)

### Grüne / EFA

<https://vote.europeangreens.eu/manifesto>

<https://vote.europeangreens.eu/de/priorities/migration>

[https://www.e-f-a.org/wp-content/uploads/2019/04/EFA\\_manifesto\\_2019\\_DE-1.pdf](https://www.e-f-a.org/wp-content/uploads/2019/04/EFA_manifesto_2019_DE-1.pdf)

<https://www.greens-efa.eu/files/doc/docs/2716c93edada1d5273f4f897b67852fe.pdf>

### EKR

[https://ecrgroup.eu/vision\\_for\\_europe](https://ecrgroup.eu/vision_for_europe)

[https://ecrgroup.eu/campaign/reducing\\_plastics\\_waste](https://ecrgroup.eu/campaign/reducing_plastics_waste)

[https://ecrgroup.eu/vision/an\\_eu\\_immigration\\_system\\_that\\_works](https://ecrgroup.eu/vision/an_eu_immigration_system_that_works)

### ENF

<https://www.menleuropa.eu/>

### FPÖ

<https://www.fpoe.eu/mehr-oesterreich-weniger-eu/>

### GUE-NGL

<https://www.die->

[linke.de/fileadmin/download/wahlen2019/wahlprogramm\\_pdf/Europawahlprogramm\\_2019 -  
Partei DIE LINKE Druckversion .pdf](linke.de/fileadmin/download/wahlen2019/wahlprogramm_pdf/Europawahlprogramm_2019_-_Partei_DIE_LINKE_Druckversion_.pdf)

[https://www.european-left.org/wp-content/uploads/2019/01/EL\\_Wahlplattform\\_DE\\_final-20190131-  
2.pdf](https://www.european-left.org/wp-content/uploads/2019/01/EL_Wahlplattform_DE_final-20190131-2.pdf)



## ANNEX 2: LITERATUR

- Aiginger, K. (2019), Populism and Economic Dynamics in Europe, Querdenkerplattform: Wien-Europa, Policy Brief, 1.
- Aiginger, K. (2018), "Eine neue Sozialpolitik zur Bekämpfung des Populismus", in Köhler/Mertens (Hrsg.) "Jahrbuch für politische Beratung 2017/2018", Zeit und Geist in Mitteleuropa, S. 75-89.
- Aiginger, K. (2017), "Europa zwischen Globalisierung und Renationalisierung", Querdenkerplattform: Wien-Europa, Working Paper, 2.
- Aiginger, K. (2017), "Mehr nationale Souveränität durch eine neue Europapolitik - Das Dilemma zwischen globalen Herausforderungen und nationalem Gestaltungswunsch", Querdenkerplattform: Wien-Europa, Working Paper, 1.
- Aiginger, K. (2017), "Wie ein starkes Europa mehr nationalen Spielraum schaffen könnte", Querdenkerplattform: Wien-Europa, Policy Brief, 1.
- Aiginger, K., Handler, H. (2018), "Fostering a dynamic and stable neighborhood for Europe", Review of Economics & Finance, 14(2).
- Aiginger, K., Handler, H. (2017), "Europe taking the lead in responsible globalisation", Economics, Discussion Paper, 42.
- Aiginger, K., Handler, H. (2017), "Towards a European Partnership Policy (EPP) with the South and the East. Fostering Dynamics, Fighting Root Causes of Migration", Querdenkerplattform: Wien-Europa, Working Paper, 3.
- Aiginger, K., Handler, H. (2017), Eine europäische Partnerschaftspolitik ist notwendig und möglich, Kurzfassung, Zwischenbericht der Querdenkerplattform vor dem EU-Afrika Gipfel.
- De Vries, C., Hoffman, I. (2019), "Die Zuversichtlichen, die Ängstlichen und die Wütenden, Folgen der Polarisierung für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019", Bertelsmann Stiftung, eupinions.
- Dennison, S., Zerka, P. (2019), "The 2019 European election: How anti-Europeans plan to wreck Europe and what can be done to stop it", European Council on Foreign Relations, [https://www.ecfr.eu/specials/scorecard/the\\_2019\\_European\\_election](https://www.ecfr.eu/specials/scorecard/the_2019_European_election).
- Heusch, P. (2017), "Wie Emmanuel Macron Europa grundlegend reformieren will", Berliner Morgenpost, 26. September, <https://www.morgenpost.de/politik/article212054225/Wie-Emmanuel-Macron-Europa-grundlegend-reformieren-will.html>.
- Judith Niehues, J., Orth, A.K. (2019), "Die gespaltene Mitte, Werte, Einstellungen und Sorgen", RHI-Diskussion, 30.
- Kaiser, A. (2017), "'Erasmus für alle' statt Euro-Bonds", Manager-Magazin, 10. Mai, <https://www.manager-magazin.de/politik/europa/emmanuel-macron-das-europa-programm-des-franzoesischen-praesidenten-a-1147038.html>.
- Macron, E. (2019), "Für einen Neubeginn in Europa", Project Syndicate, 4. März, <https://www.project-syndicate.org/commentary/three-goals-to-guide-european-union-renewal-by-emmanuel-macron-2019-03/german>.
- Schaller, St., Carius A. (2019), CONVENIENT TRUTHS - Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe, adelphi consult GmbH.

